

Interviewer: Es ist Dienstag, der 15. September 2020. Ich treffe mich mit Wolfgang Däubler, von 1971 bis 2004 Hochschullehrer am Fachbereich 6 der Universität Bremen, zu einem Zeitzeugeninterview. Das Gespräch findet statt im Universitätsarchiv Bremen. Mein Name ist Heiko Garrelts und Herr Däubler, schon einmal vielen Dank für Ihre Zeit! Und dann möchte ich Sie bitten, eingangs ein wenig aus Ihrem Leben vor dem Eintritt in die Universität Bremen zu berichten. #00:00:32-8#

Befragter: Ich bin 1939 in Berlin geboren, was mir niemand zutraut mit Rücksicht auf meine schwäbische Intonation. Ich hatte allerdings schwäbische Eltern, aber mein Vater war Beamter im Justizministerium und das war nun einmal in Berlin. Ich kam 1939 im Mai zur Welt, noch vor Kriegsbeginn. Bis ich vier Jahre alt war, lebte ich bei beiden Eltern in Berlin. Ich kann mich noch dunkel an ein Nebenhaus erinnern, das aufgrund der Bomben gebrannt hat. Ich fand das eigentlich ein ganz tolles Schauspiel, das mich überhaupt nicht beunruhigt hat. Als mein Vater wiederkam, habe ich ihn gefragt: "Hast du nun alles gelöscht?" Was Heiterkeit erweckte, weil es natürlich überhaupt nicht der Fall war.

1943 sind meine Mutter und ich zu den Großeltern nach Biberach an der Riß gekommen, eine schöne mittelalterliche Stadt, die zwischen Ulm und dem Bodensee liegt. Dort bin ich sprachlich sozialisiert worden. Mit vier konnte ich ein korrektes Schriftdeutsch sprechen, was ich in meinem späteren Leben nie wieder geschafft habe. Es gelang mir zwar, ein ordentliches Französisch zu sprechen, dem man nicht gleich den Deutschen anmerkt, aber ich habe nie wieder ein akzentfreies Schriftdeutsch gesprochen.

Mein Vater war Soldat, hat sich allerdings - ob bewusst oder unbewusst, das lasse ich mal dahinstehen - außerordentlich ungeschickt angestellt. Er war ja ein Jurist im Ministerium, und da ist man den praktischen Problemen des Lebens relativ fern. Er sollte bei der Wehrmacht zum LKW-Fahrer ausgebildet werden, aber er ist dann bei der Prüfung für den LKW-Führerschein durchgefallen. Das hat ihm vermutlich das Leben gerettet, denn mit LKW-Führerschein wäre er wahrscheinlich an die Ostfront geschickt worden. So hat man ihn einige Zeit in der sogenannten Schreibstube beschäftigt, für einen Ministerialbeamten durchaus vernünftig, wenn auch nicht dem Sozialprestige entsprechend. Nach einiger Zeit hat er durch einen Freund einen „Ruf“ gekriegt, in die Militärverwaltung nach Italien zu gehen. Italien war damals ein halb verbündetes, halb besetztes Land. Da war er

dann in Bergamo zuständig für die Verwaltung von Fahrrädern.

Später, also im Jahr '45, ist er von den Amerikanern gefangen genommen worden. Im Gefangenenlager war er aber so schlau, nicht seinen wirklichen Titel „Oberlandesgerichtsrat“ anzugeben, sondern sich als „Richter“ zu bezeichnen. Formal stimmte das, weil er als Richter ins Ministerium abgeordnet war. Im Lager hatte er erfahren, dass die Amis ganz schematisch vorgingen. Alle Menschen mit Titel, der mit „-rat“ zu Ende ging, wie „Regierungsrat“, „Oberregierungsrat“ und so weiter, die haben sie erstmal behalten und weiter interniert. „Richter“ hatte ja nicht „-rat“ am Ende. Auf diese Weise kam mein Vater schon im September '45 wieder frei, was uns natürlich alle gefreut hat.

Allerdings gab's keine Familienzusammenführung, weil Biberach an der Reiß in der französischen Zone lag, er aber nach Schwäbisch Hall in die amerikanische Zone entlassen wurde, wo seine Mutter lebte. Da sind meine Mutter und ich dann hin und wieder hingefahren, was dank Passierschein eine recht komplizierte Angelegenheit war.

In Biberach bin ich im Herbst 1945 in die Grundschule gekommen, und war da bis 1949. Mein Vater hat nach einiger Zeit eine Tätigkeit als Rechtsanwalt in Stuttgart gefunden. Die Familie ist daraufhin zusammengezogen. Sein Arbeitgeber war ein sehr reicher Rechtsanwalt, der in der Stuttgarter Gegend insgesamt sieben verschiedene Wohnhäuser hatte. In einem dieser Häuser war eine Wohnung frei und die haben wir gekriegt. Sie lag in einer Straße, wo die Häuser auf der Seite gegenüber noch alle zerbombt waren; nur einige Mauern ragten noch in den Himmel. Ich erinnere mich, wie eine Badewanne im dritten Stock in der freien Luft an den Leitungen hing. Hin und wieder ist man da ein bisschen rumgeklettert, aber ich war schon damals ein vorsichtiger Mensch und habe Abstand gehalten.

Ich ging dann in Stuttgart in das humanistische Karls-Gymnasium. Mein Vater kehrte relativ schnell wieder zur Justiz zurück, war vorübergehend beim Landgericht, später beim Oberlandesgericht als Richter und wurde schon 1955 Senatspräsident. Das war damals der Titel für den vorsitzenden Richter in einem Senat. Meine Mutter war Hausfrau, obwohl sie im Grunde dadurch grotesk unterfordert war. Sie war nicht weniger klug als mein Vater, aber sie hatte nie die Möglichkeit, davon auch wirklich Gebrauch zu machen. Ich war das einzige Kind und musste in der Schule sehr gut bis hervorragend sein,

„damit ich mal was werde“. Das Gesellschaftsbild war ein sehr hierarchisches, da gab es ein deutliches Oben und Unten, und das Ziel war, möglichst weit oben zu landen. Ja klar, ich wurde ein sehr guter Schüler mit vielen Einsen. Allerdings hatte ich bestimmte Schwächen, die ich nur mit Tricks überwinden konnte.

Eine Schwäche war das „Turnen“, im Zeugnis „Leibeserziehung“ genannt. Da war ich das, was man umgangssprachlich eine „Flasche“ nannte. So bin ich z. B. nie die Kletterstange hochgekommen. Zum Glück kannten wir einen Arzt, der mich von sogenannten Höchstleistungen befreit hat, weil er meinte, allzu starke körperliche Anstrengungen seien für meine Schilddrüse nicht gut. Ich habe selber definieren können, was eine „Höchstleistung“ ist. Dadurch war ich nicht mehr bewertbar. Die vier minus in Turnen kam auf diese Weise aus dem Zeugnis raus.

Eine weitere Schwäche hatte ich beim „Zeichnen“, also in der bildenden Kunst. Da hatte ich einerseits meinen Vater, der mir hin und wieder Zeichnungen gemacht hat, wenn ich eine entsprechende Hausaufgabe hatte. Andererseits gab es da einen Klassenkameraden, der bei mir in Mathe abschreiben durfte, wofür ich dann seine Zeichnungen bekommen habe.

Dann gab es da noch das Fach „Musik“, wo ich auch sehr schlecht war. Wir hatten einen Musiklehrer, bei dem jeder zunächst mal „befriedigend“ hatte. Wenn man in einem Schuljahr ein Referat über einen Komponisten hielt, bekam man „gut“, wenn man zwei Referate hielt, bekam man „sehr gut“. Im folgenden Jahr reichte dann ein Referat, um die bisherige Note zu halten. Das habe ich natürlich immer praktiziert und so wurde ich ein mit „sehr gut“ bewerteter Musiker. Das schöne System geriet allerdings in eine Riesengefahr, als der Musiklehrer längere Zeit krank wurde und ein Ersatzmusiklehrer aufkreuzte. Er hat uns eine Melodie auf dem Klavier vorgespielt und wir hatten die Noten nachzuschreiben. Ich war völlig unfähig zu solchem Tun, aber ich musste doch meine Note verteidigen. Bei der Klassenarbeit habe ich einfach das Papier mit den Noten nicht abgegeben. Da am Ende der Stunde alles durcheinanderlief, fiel so etwas nicht auf. Als die Arbeiten zurückgegeben wurde, war meine natürlich nicht dabei, und ich fragte sehr nachdrücklich: „Wo ist meine Arbeit?“ Der Lehrer war ratlos, und ich habe einfach mein „sehr gut“ aus dem Vorjahr behalten. Später kam dann der alte Musiklehrer zurück, und die Welt war wieder in Ordnung.

Auf diese Weise habe ich also meine geringen Fähigkeiten überspielt. Sonst war ich in Mathe, Physik und Chemie wie auch in Deutsch und in den drei Fremdsprachen Englisch, Latein und Französisch außerordentlich gut. Auch im Abi hatte ich Spitzennoten und habe so die Schule ganz erfolgreich absolviert. Ich wurde dann auch gleich für die Studienstiftung vorgeschlagen.

Nach dem Abi habe ich in Tübingen zwei Semester Jura studiert. Im Anschluss bin ich nach Hamburg gegangen für ein Semester. Anschließend zwei Semester an der FU Berlin, von wo aus ich viel in Ostberlin reingeguckt habe, Ich habe mir dort gerne die Prawda gekauft und verglichen: Was steht in unserer Presse und was steht in der Prawda? Wenn's übereingestimmt hat, war's wohl die Wahrheit. Aber es hat nicht so oft übereingestimmt.

Im sechsten Semester bin ich wieder nach Tübingen zurückgekommen und habe da das Erste Staatsexamen mit sehr gutem Erfolg absolviert, war an der Spitze des Jahrgangs („Platzziffer 1“ nannte man das damals). Im Anschluss war ich Referendar. Diese Referendarzeit bedeutet ja praktische Ausbildung, die wir hier in die neue Juristenausbildung integrieren wollten. Zwei Extras habe ich hinzugefügt. Zum einen habe ich die Ausbildung unterbrochen, weil ich als Studienstiftler das Recht hatte, für ein halbes Jahr in ein anderes Land zu gehen und dort weiter zu studieren. Davon habe ich Gebrauch gemacht und habe französisches Recht und französische Sprache studiert. Ein gutes halbes Jahr war ich in Dijon, wo ich mich viel wohler als zu Hause gefühlt habe; ich bin aber trotzdem wieder zurückgekommen. Das zweite Extra waren sechs Monate Praktikum bei der EWG-Kommission in Brüssel, heute EU-Kommission genannt. Dort konnte man sich als junger Jurist bewerben, doch die Bewerbung landete nur auf einem großen Haufen. Um wirklich berücksichtigt zu werden, musste man, wie man auf Schwäbisch sagt: "A Vetterle im Himmel habe", nur dann kam die Bewerbung aus dem großen Haufen raus. Ich wandte mich an den Mitbetreuer meiner Dissertation, den bekannten Professor Ludwig Raiser. Er war so freundlich, an den ihm bekannten zweiten deutschen Kommissar (neben Hallstein) ein kleines Empfehlungsbriefchen zu schreiben, und schwupp: Plötzlich hatte meine Bewerbung Erfolg. Was einem auch gewisse Einsichten in das Funktionieren unserer Gesellschaft verschafft. Als ich dann in Brüssel war, habe ich die anderen Praktikanten („stagiaires“ genannt) gefragt, wie es denn bei ihnen gelaufen sei, und es war kein Haar anders. Alles ging nur über Beziehungen.

Einige Zeit später habe ich dann das Assessor-Examen gemacht und bin Assistent an der Uni Tübingen geworden. Ich habe mich in dieser Zeit sehr in der Studentenbewegung engagiert, blieb allerdings mehr im Hintergrund. Ich hatte nie irgendwelche Funktionen und war sehr selten in der Öffentlichkeit wahrnehmbar. Ich war mit juristischem und sonstigem Rat zugange. Der Tübinger AStA war der Einzige, der mal einen Prozess um das politische Mandat gewonnen hat. Zur Erläuterung: Der AStA war der Sprecher einer Zwangskörperschaft, der Studentenschaft, in der jeder Student war automatisch Mitglied war. Daraus hat man geschlossen, dass der AStA nur im Rahmen seiner Kompetenzen tätig werden darf. Deshalb ging es immer darum, dass man z. B. keine politischen Erklärungen zum Vietnamkrieg oder zu anderen politischen Themen abgeben durfte. Das haben die Studentenvertreter natürlich trotzdem gemacht und in der Folge kam es zu einem Prozess. In unserem Fall haben zwei oder drei CDUler beim Verwaltungsgericht in Sigmaringen geklagt, wo sie zu dem Richter kamen, der mich zuvor ausgebildet hatte. Die Kläger wollten uns einen Maulkorb verpassen und uns politische Aussagen generell verbieten lassen. Ich schrieb, hier fehle die für eine Klage nötige Bestimmtheit des Antrags, und siehe da: Das Verwaltungsgericht gab uns Recht. Das war ein großer moralischer Erfolg. Durch diese, sagen wir mal: Mitarbeit in der Studentenbewegung habe ich viele Leute kennen gelernt, die dann beim Aufbau der Uni Bremen eine gewisse Rolle gespielt haben.

Weiter habe ich in der damaligen Zeit mit Veröffentlichungen angefangen. Der erste Aufsatz in der „Juristenzeitung“ stammt aus dem Jahr 1963. Das waren – wie etliche spätere Aufsätze - ganz traditionelle, rechtsdogmatische Untersuchungen. Ich habe mich dann allerdings für eine größere Arbeit, eine Art Habilschrift, ein eher politisches Thema ausgesucht, nämlich „Kann man durch erkämpfbaren Tarifvertrag neue Mitbestimmungsrechte schaffen?“. Das daraus entstandene Buch nennt sich „Grundrecht auf Mitbestimmung“.

Im Jahr 1969 habe ich einen Auftrag von der ÖTV, der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr bekommen, sogar von ihrem Chef, Heinz Kluncker, persönlich. Thema war, ob auch Beamte streiken dürfen. Darüber habe ich ein Buch geschrieben, Titel „Der Streik im Öffentlichen Dienst“, das damals ziemlich viel Furore gemacht hat. Übrigens gab es keineswegs nur negative Reaktionen. So habe ich heute noch einen Brief von

Biedenkopf, der mir geschrieben hat, es sei eigentlich richtig, dass auch Beamte wie z. B. Postboten streiken dürfen. Es komme auf die Funktion, nicht auf den Status an. Auch andere Leute haben diesen Standpunkt geteilt. Die Gewerkschaft stand dahinter, wenn auch intern nur mit knapper Mehrheit. Die herrschende Meinung in der juristischen Literatur war absolut dagegen. Auch heute noch ist der Beamtenstreik nicht anerkannt. Derzeit gibt es einen großen Konflikt zwischen dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, der bei türkischen Beamten „ja“ gesagt hat, und dem Bundesverfassungsgericht, das definitiv „nein“ sagt.

„Der Streik im Öffentlichen Dienst“ hat mich ein wenig bekannt gemacht, auch in der linken Szene. Und dann habe ich mich in Bremen beworben, weil es für Unterstützer der Studentenbewegung nicht so furchtbar viele Alternativen gab. Bei fast allen Universitäten war bei Berufungsverfahren die Atmosphäre nicht so sehr leistungsorientiert; man wollte stattdessen Leute, die politisch reinpassen. Die konservativen Fakultäten – und das waren im Bereich Jura praktisch alle - haben gesagt: "So linke Vögel, die berufen wir nicht. Ob der inhaltlich was bringt oder nicht, das wollen wir gar nicht wissen." Es gibt da so ein von außen wenig wahrgenommenes Phänomen, das sich später hier auch bei den Ökonomen gezeigt hat. Sie haben unter Hickel und Huffschild furchtbar gelitten. Professoren leben ja auch von Gutachten, die einträglicher sein können als das, was sie an Gehalt bekommen. Jedenfalls bei Ökonomie und bei Jura ist das so, bei Historikern dürfte es anders sein. Ob man einen Gutachtenauftrag bekommt und wie die Wirkung des Gutachtens ausfällt, das hängt vom Renommee des Fachbereichs ab. Wenn dieses durch „linke Vögel“ beschmutzt wird, dann sinken die Gutachtenhonorare; vielleicht bekommt man gar keine Aufträge mehr. Man kommt ja aus so einer komischen Fakultät. Das war der eigentliche Hintergrund dafür, dass die konservativen Fakultäten total „dicht“ waren. Ich hatte, mit Rücksicht auf den „Streik im öffentlichen Dienst“ dort keine realistische Berufungschance mehr. Später sind dann noch andere Reformfakultäten wie Hannover, Oldenburg und Hamburg II hinzugekommen, die als Alternativen offenstanden.

Meine ersten Eindrücke in Bremen? Die kollidierten im Grunde völlig mit meinen bisherigen Lebenserfahrungen. Ich war kein Mensch in der Art der Revoluzzer, wie sie in dem Buch von Irmela Hannover und Cordt Schnibben beschrieben sind, das ich Ihnen mitgebracht habe. Das Buch bringt aus der Sicht des Jahres 2007 eine

Rückschau durch Leute, die aus der Bremer Schülerbewegung hervorgegangen waren und die dann die Uni mitgegründet und mitgestaltet haben. Übrigens relativ viele Juristen dabei, an die ich mich zum Teil sehr genau erinnere. Was mich furchtbar abgeschreckt hat in Bremen, war nicht nur der wenig am Leistungsgedanken orientierte Lebens- und Arbeitsstil. Viel mehr störte mich ein Übermaß an Theorie, die selten auf das reale Leben bezogen wurde. Man hat über alle möglichen schwierigen Fragen diskutiert, Kant und Hegel im Munde geführt sowie die Frankfurter Kritische Theorie, Adorno, Marcuse und andere. Ein bisschen Marcuse hatte ich gelesen, etwas über repressive Toleranz, was ich ganz einleuchtend fand. Aber sonst war ich da kein Experte.

Mich hat aber sehr viel mehr der reale Sozialismus in der DDR interessiert. Durch mein Studium in Berlin hatte ich den in durchaus positiver Erinnerung. Das mag damit zusammenhängen, dass man als Außenstehender, der in eine Gesellschaft hineinkommt, im Grunde nur die Schokoladenseite sieht und auch nur sie präsentiert bekommt. Mir hat jedenfalls die DDR damals einen sehr positiven Eindruck gemacht. Die dortigen Kolleginnen und Kollegen, die haben zwar auch immer ihren Marx und ihren Lenin vor sich hergetragen, der war aber im Vergleich zu dem, was hier diskutiert wurde, verständlich und einleuchtend. Hier ist man gewissermaßen überfallen worden mit allen möglichen Theorien, die meiner sehr praktischen Veranlagung total zuwiderliefen. Ich habe Ihnen die Geschichten, wie ich mich in der Schule durchgeschlagen habe, mit Absicht erzählt. Diese Mischung - auf der einen Seite lauter Einsen in den wichtigen Kernfächern und auf der anderen Seite die (lacht) Geschichten mit den Tricks - diese Art der Lebensbewältigung ist, sage ich jetzt einmal selbstkritisch, für mich durchaus typisch, aber die war hier überhaupt nicht gefragt. Hier geht es darum: "Hast du den Aufsatz von Adorno gelesen?" Was geht mich als Jurist der Adorno an? Ich will einen Prozess ums politische Mandat gewinnen, aber nicht unbedingt Adorno lesen, vielleicht in der Zukunft mal, wenn andere Aufgaben erledigt sind. Die Folge war, dass ich mich nicht wohl fühlte und auch keiner besonderen Wertschätzung durch die Kollegen erfreute.

In der Anfangszeit waren wir mit den Ökonomen und den Sozialwissenschaftlern zusammen in einem Fachbereich. Ich war einer der ersten Juristen, die berufen wurden, genauer: U.K. Preuß und ich waren die ersten und wir wurden zunächst dem Studiengang „Arbeitslehre – Politik“ zugeordnet. Dann hat man im Jahre 1972 oder so

den Fachbereich Jura aufgemacht, und so waren wir da, wo wir eigentlich hingehörten.

Es kam noch etwas anderes dazu: Ich war immer nur vorübergehend hier in Bremen. Meine Frau ist 1972 Abgeordnete im Bundestag geworden, und zwar für die SPD über die Landesliste Baden-Württemberg. Das hatte zur Folge, dass wir notwendigerweise eine Wochenendbeziehung hatten. Sie war in Bonn und ich war hier; zum Glück gibt es aber auch die vorlesungsfreie Zeit und die Sitzungswochen im Parlament nehmen höchstens das halbe Jahr in Anspruch. 1972 ist unsere Tochter geboren, 1974 unser Sohn. Die erste Schwangerschaft fiel übrigens gerade in den Wahlkampf, was einige Verwicklungen zur Folge hatte. Trotz günstiger Kleidung fiel der Leibesumfang etwas auf, weshalb viele gesagt haben: "Die ist aber ziemlich dick geworden, die soll nicht so viel essen". Das Leben ist halt vielfältig (lacht). Sie wurde aber trotzdem gewählt.

Es ergab sich dann so, dass ich beruflich hier war, meine Frau war beruflich in Bonn und die Kinder waren bei meinen Schwiegereltern. Mein Schwiegervater war bis 1974 noch Oberbürgermeister in Tübingen und hat zusammen mit meiner Schwiegermutter in einer gemieteten Villa gelebt. Meine Schwiegermutter war gelernte Kindergärtnerin und hatte eigentlich nicht mehr viel zu tun, weil ihre vier Kinder längst aus dem Haus waren. Unsere Kinder zu versorgen, war für sie auch eine Aufgabe, die sie ein Stück weit ausgefüllt hat. Ein ausgesprochen glücklicher Zufall.

Die Folge war aber auf der einen Seite, dass ich hier nie richtig integriert war, auch in späteren Jahren nicht. Wenn die Kollegen am Wochenende etwas gefeiert haben, war ich im Zweifel nicht dabei, sondern zu Hause in Tübingen. Ich war nur da, wenn es halt unbedingt sein musste. Das ist schlecht, wenn man wirklich mitsprechen will.

Auf der anderen Seite war es für mich selbst fast jede Woche ein unheimlich interessanter Gang durch die Gesellschaft. Hier in Bremen habe ich Hochschullehrer erlebt, die sich in ihrer Mehrheit als Marxisten verstanden und diese unmenschliche kapitalistische Gesellschaft stürzen wollten. Wie das genau gehen sollte, das wusste man nicht, aber in ihrer Mehrheit wollten sie das. Manche sagten: „umgestalten“, andere sagten: „stürzen“. Das war die eine Welt. Und diese Welt hat bestimmte Umgangsformen, wie sie ein bisschen in dem Roman von Peter Derleder charakterisiert sind.



Die andere, die zweite Welt war die Bonner Subkultur. Die linke SPD, zu der meine Frau gehörte, wollte auch viel verändern in der damaligen Zeit. 1969 ist ja Brandt an die Regierung gekommen, 1972 gab es den großen Wahlsieg. Man hat in diesen Jahren – verglichen mit später – unheimlich viel unternommen und die ganzen aufgeschobenen Reformen nachgeholt. Das waren Parlamentarier, die was verändern wollten, und ich war natürlich öfters dort. Ich bin einfach nicht direkt nach Tübingen gefahren, sondern habe einen kleinen Umweg über Bonn gemacht. Es war für mich interessant, das völlig andere Denken der Parlamentarier zu verfolgen. Im sog. Leverkusener Kreis, das waren die damaligen Linken, war die Mehrheit durchaus dafür, den Kapitalismus abzuschaffen. Aber die Art und Weise war eine ganz andere als hier in Bremen – eine sehr institutionelle: „Wir machen jetzt ein schönes Gesetz und dann machen wir noch ein Gesetz und so weiter.“ In diesem Rahmen haben meine Frau und ich mal einen Mitbestimmungsgesetz-Entwurf gemacht. Darüber kann ich bei Bedarf Weiteres erzählen, weil es mittelbar auch mit der Ausbildung zusammenhängt. So viel zur Welt der linken Parlamentarier, wo es natürlich auch Intrigen gab.

Dann kam ich nach Hause nach Tübingen, ab 1977 nach Dußlingen. Mein Schwiegervater war ein kluger, aber sehr konservativer Mensch. Seiner Struktur nach recht autoritär, aber sonst ein feiner Kerl. Dann hatten wir da ganz normale Nachbarn, die halt so dachten, wie dies deutsche Kleinbürger tun. Ich erinnere mich, dass es mal in Italien eine erfolgreiche Volksabstimmung gab, wonach die Ehescheidung gegen den Willen der katholischen Kirche zulässig sein sollte. In Bremen haben sich alle gefreut, in Dußlingen haben alle ein langes Gesicht gemacht, weil da in Italien die Kommunisten gewonnen hätten.

In einer Woche habe ich so einen Spaziergang von den Bremer Revoluzzern über die Parlamentarier in Bonn bis zu dem konservativen Kleinbürgertum in Tübingen oder Dußlingen gemacht. Das bereichert einen insofern, als man sich notwendigerweise in die anderen reinversetzen muss, weil sonst eine Kommunikation gar nicht möglich wäre. Man lebt nicht in einer Blase. Aber es macht natürlich die Integration hier in die Uni ziemlich kaputt. All das müssen Sie berücksichtigen, wenn andere Leute was über mich erzählen. Vielleicht Herr Preuß oder Herr Rinken, zu denen ich damals ein recht distanzierendes Verhältnis hatte.

I: Hmm. Sie kamen ja '71 an die Uni, und schon bald war

das Etikett 'Rote Kaderschmiede' geboren. Wie haben Sie das erlebt? Also dass von außen, von der konservativen Seite, eine gewisse Anfeindung erfolgte. Eigentlich bundesweit ja auch, in der FAZ und so weiter.  
#00:30:14-6#

B: Ja, das hatte ich schon vorher erlebt. Im Jahr 1971 regierte in Bremen die SPD unter Koschnick zusammen mit der FDP. Seitens der FDP-Fraktion gab es eine Liste von Personen, die unter gar keinen Umständen berufen werden durften. Auf der stand ich auch und hatte nun die Aufgabe, von dieser Liste wieder runter zu kommen. Das habe ich im Ergebnis geschafft. Einmal durch Heinz Kluncker, für den ich ja das Gutachten über den Streik im öffentlichen Dienst geschrieben hatte. Er meinte: „Auch das Gutachten könnte eine Ursache dafür sein, dass die FDP dich auf die Liste gesetzt hat.“ Ob das wirklich so war, weiß ich nicht, aber es war irgendwie naheliegend. Also hat Kluncker mit Koschnick telefoniert, der das auch gleich verstanden hat. Auf der anderen Seite war mein Schwiegervater einer der Verhandlungsführer bei den Tarifverhandlungen für den Öffentlichen Dienst, und zwar als Vertreter der Gemeinden. Von daher kannte er einige FDP-Leute mit der Folge, dass da auch Telefongespräche stattfanden. Auf diese Weise bin ich von der Liste runtergekommen. Gerade noch geschafft, hätte auch schief gehen können. Die Vorstellung "Wir sind eine offene, demokratische Gesellschaft, wo jeder die gleichen Chancen hat" das habe ich nie geglaubt, und das glaubte ich jetzt noch weniger. Das ist absurder Demokratie-Optimismus.

I: Ihre Bewerbung verlief aber von Seiten der Universität reibungslos? Wen haben Sie da so getroffen, in der Kommission etwa?

B: Da war Wiethölter drin. Wer war noch drin? Es war ein Betriebssoziologe drin, nach meiner Erinnerung war es Willi Pöhler. Dem hat das durchaus gefallen, was ich da so erzählt habe. Wiethölter war ja einer von der Theorie-Fraktion, da war es ein bisschen schwieriger, aber er hatte auch nichts gegen mich. Und ich hatte ja meine guten Examina, ich hatte in Tübingen promoviert im Gesellschaftsrecht zum Thema „Vererbung des Geschäftsanteils bei der GmbH“. Das war ein bewusst gewähltes, unpolitisches Thema, denn es ist gesellschaftspolitisch völlig egal, wer einen verstorbenen Gesellschafter einer GmbH beerbt. Also können Sie darüber eine wunderschöne Arbeit schreiben. Sie wird Übrigens heute noch zitiert im Palandt, der auf jedem Anwaltsschreibtisch steht. (lacht) Meine viel besseren

Sachen, die ich später geschrieben habe, werden im gleichen Werk nicht zitiert. Sagen wir 'mal so: Ich fand mich irgendwann auf einer Einer-Liste wieder. Intern gab's schon auch atmosphärische Schwierigkeiten, aber ich kannte jemanden von der Sponti-Fraktion, der Positives über mich erzählte. Das war wichtig. Ich hatte so den Ruf: Sozialdemokrat mit Hang zu ein bisschen weiter links. Eigentlich war das für die damaligen Spontis ganz schlecht, aber da ich schon aus Tübingen antiautoritäre Leute gekannt habe und mit ihnen ganz gut ausgekommen war, konnte ich diesen Einfluss einigermaßen neutralisieren. Da hat mir auch meine Frau etwas geholfen. Sie war ihrerseits sehr aktiv in der Berliner Studentenbewegung und kannte da Hinz und Kunz. Viele aus Berlin, übrigens viele schwäbische „Emigranten“, sind auch hierhergekommen. Auf diese Weise war ich also in der Uni bei der Berufung einigermaßen akzeptiert, aber es blieb zunächst das wichtige Hindernis der FDP-Liste. Das musste überwunden werden.

I: Wenn Sie überwiegend in Baden-Württemberg sozialisiert worden sind, wie war der Eindruck Bremen betreffend?

B: Sagen wir einmal so: Meine Sozialisation war eine sehr lokal geprägte. „Vor den Norddeutschen und vor den Flüchtlingen muss man sich in Acht nehmen“, das war in meiner frühen Jugend so etwas wie eine elementare Wahrheit. In Biberach an der Riss hieß es: "Die Norddeutschen schwätzen schrecklich schnell, aber denken tun die überhaupt nichts. Und schaffen können die auch nicht. Und den Flüchtlingen, denen schiebt man alles in den Hintern rein. Wir müsse schaffe und die kriegen Wohnungen umsonst." Wenn ich heute hin und wieder Seminare mit Betriebsräten mache, wo ich ein wenig auffalle durch meine Dialekt-Sprache, dann erzähle ich denen immer von meinen Erinnerungen an Biberach. Von den schönen Vorurteilen: "Und die Flüchtlinge, die aus Breslau oder wie das heißt oder aus Königsberg - Was haben die hier verloren, hm? Haben wir gesagt, die sollen hierherkommen?" Der Struktur nach exakt die gleichen Vorurteile, die heute gegenüber Afghanen, Syrern und Afrikanern bestehen. Dann sind sie in der Regel ruhig und es kommt keiner und sagt: "Die Scheiß-Flüchtlinge". Ich reproduziere die Vorurteile, die dann typischerweise auf sie zutreffen, weil das nicht Schwaben sind, sondern Norddeutsche oder Menschen von irgendwoher.

Also ich bin damit groß geworden, dass man in erster Linie Lokalpatriot ist. In zweiter Linie lebte meine Familie

eigentlich näher bei Paris als bei Berlin. Die Vorurteile wirken irgendwie nach, auch wenn man sie verstandesmäßig nicht billigt, und ich hatte sie in den siebziger Jahren noch nicht völlig abgebaut. Ich würde 'mal sagen, ich war überrascht, wie nett die Bremer Bevölkerung war. Das kollidierte etwas mit meinen Erwartungen, aber es war sehr erfreulich.

Die Hochschullehrer kamen ja aus unterschiedlichen Gegenden. Es gab da auch den Schwaben Hickel oder den Schwaben Dubischar – die waren natürlich auch ein bisschen in der Emigration. Da hat man dann die Heimat beschworen und sich über Siege des VfB Stuttgart gefreut. (lacht)

I: Sind Sie dementsprechend auch Daimler gefahren (lacht)?

B: Nein, Daimler nicht, ich bin immer ein kleines Auto gefahren. Ich hatte damals einen Fiat 500, einen Cinquecento, ganz klein. // I: (lacht) //B: Ja! Ein typisches Studentenauto, das immer hier herumstand, wenn ich mit dem Zug nach Hause gefahren war. Es ist ein guter Schutz gegen Diebstahl, wenn man ein kleines und außerdem wenig geputztes Auto hat, weil es sich für einen Dieb nicht lohnt, einen Fiat 500, der auch noch dreckig ist, zu stehlen. Es war auch kein Radio drin, das hätte ausgebaut werden können. Also sagen wir so: Mit den „Einheimischen“ kam ich gut aus. Ich war relativ schnell auch Mitglied im Kooperationsausschuss Uni-Arbeiterkammer. Dann kam das Betriebsverfassungsgesetz '72, für das sie sich sehr interessierten und worüber ich ihnen einiges sagen konnte. Dann war ich - auch das eine positive Erfahrung - in zwei Ausschüssen der SPD-Bürgerschaftsfraktion als regelmäßig zugezogener Experte. Der eine Ausschuss hieß „Verfassung und Geschäftsordnung“, der andere „Hochschulreform“. Anders als hier mit den Uni-Theoretikern konnte ich mit diesen Leuten sehr gut umgehen und fand sie nett und klug. Also positive Erinnerungen an die Stadt und ihre Menschen.

I: Andere Frage, Sie haben das ja teilweise schon etwas angedeutet. Damals war ja auch da viel davon die Rede, welche Funktion eine Universität eigentlich in der Gesellschaft haben solle. Der erste Rektor von der Vring, aber auch Steinberg und auch selbst Wittkowski noch, die haben gesagt: „Die Uni im Dienste der Unterprivilegierten“. Was war denn Ihre Auffassung von der Universität in einer Gesellschaft?

B: Diese Auffassung habe ich voll geteilt. Die Ausgangssituation ist die, dass wir eine Wissenschaft haben, die sehr viel mehr den Interessen der Mächtigen dient. In der Rechtswissenschaft können Sie das wunderschön nachvollziehen. Es gibt da ganz simple Mechanismen. Nehmen Sie als Beispiel das Arbeitsrecht. Wenn Sie ein Absolvent mit guter Note sind, dann haben Sie die Wahl. Sie können in ein Anwaltsbüro gehen, das typischerweise Arbeitnehmer vertritt. Dort verdienen Sie im Monat nach einiger Zeit vielleicht fünftausend Euro brutto und müssen ziemlich viel arbeiten. Das kommt daher, dass Sie im Wesentlichen nur die gesetzlichen Gebühren bekommen, weil Arbeitnehmer und Rechtsschutzversicherungen nicht mehr bezahlen. Um den Rechtsschutz nicht zu teuer zu machen, sind die gesetzlichen Streitwerte, nach denen sich die Gebühren bemessen, nicht besonders hoch; im Kündigungsschutzverfahren sind es drei Monatsgehälter. Sie bekommen also für einen Kündigungsschutzprozess in erster Instanz vielleicht fünf- oder sechshundert Euro.

Wenn Sie stattdessen auf Arbeitgeberseite sind, dann treffen Sie mit Ihren Mandanten eine Honorarvereinbarung. Je nach Stadt und Ruf des Büros bewegen sich die Honorare so zwischen 200 und 600 Euro *die Stunde*. In der D-Mark-Zeit waren die Beträge ähnlich. Wenn Sie nach einiger Zeit Mitinhaber der Kanzlei sind, verdienen Sie leicht 20.000 Euro pro Monat, das ist ein anderes Kaliber. Jetzt überlegen Sie einmal, wo Sie wohl hingehen werden, wenn Sie nicht zu 100 % auf Arbeitnehmerinteressen festgelegt sind. Natürlich müssen Sie Steuern bezahlen und Sozialabgaben, aber im Jahr bleiben deutlich über 100.000 Euro übrig. Da die Menschen ja alle irgendwie so erzogen sind, dass der Erwerb eine ganz wichtige Sache ist und auch das Sozialprestige erhöht, neigen Sie dazu, in ein Arbeitgeberbüro zu gehen. Das heißt nicht, dass sie von vorne herein darauf festgelegt wären, aber es ist so viel attraktiver, dass man sich eine solche Chance – so man sie hat – nicht entgehen lässt.

Dasselbe Phänomen lässt sich bisweilen auch bei Hochschullehrern beobachten. Sie schreiben in der Regel Gutachten für Firmen, ausnahmsweise auch für Verbände, aber das Typische sind die Firmen. Dafür werden Sie gut bezahlt, Sie können bis zu einem Tausender pro Seite bekommen. Also schreiben Sie 20 Seiten und kriegen dafür 20.000 Euro. Wenn Sie das gleiche für einen Betriebsrat oder eine Gewerkschaft machen, würden Sie vielleicht 2.000 Euro bekommen – es sei denn, Sie wären eine ganz bekannte Figur. Auch hier gibt es einen ganz

natürlichen Trend zur Arbeitgeberseite, zu den sehr viel größeren Fleischtöpfen. Ich habe das bei einem Kollegen beobachtet, mit dem ich mich spontan gut verstanden habe. Er war ein ganz jung berufener Professor an einer anderen Universität und in der Sache eigentlich eher auf Arbeitnehmer-Seite. Seine Aufsätze sind allesamt klug durchdacht. Er ist gut informiert und sieht die Probleme. Aber seit einiger Zeit kommt im Endergebnis immer irgendwie etwas Arbeitgeber-Freundliches heraus. Zumindest tendiert die Argumentation in diese Richtung.

Die normale Rechtswissenschaft ist eine Herrschaftswissenschaft. Eine ganz kleine Gruppe von Menschen, eben von „führenden Juristen“, bestimmt in weitem Umfang den Inhalt von Recht. Sicher: Es gibt da den vom Volk gewählten Gesetzgeber, den Bundestag, der ein Gesetz beschließt. Das enthält viele Kompromissformulierungen und es werden auch nicht alle Probleme gesehen. Juristen haben dann die durch viel Übung erworbene Fähigkeit, dieses Gesetz in einer bestimmten Richtung zu interpretieren. Wenn Sie viele Juristen haben, die mit Ihnen wegen der schönen Honorare sympathisieren, dann werden Sie relativ schnell eine arbeitgeberfreundliche herrschende Meinung haben. Typischerweise folgen dann auch die Gerichte dieser herrschenden Meinung. Dafür gibt es verschiedene potentielle Gründe: Der Begründungsaufwand im Urteil ist sehr viel geringer, man riskiert keine bössartige Kritik, man ist selbst in dieser Richtung festgelegt.

Die „schreibende Zunft“ der Juristen gibt es in jedem Rechtsgebiet. Sie besteht im Arbeitsrecht aus 20 bis 30 Professoren, zwischen denen eine informelle Hierarchie besteht. Oder nehmen wir das Gesellschaftsrecht. Wenn eine „bekannte Größe“ etwas schreibt, so hat dies natürlich ein anderes Gewicht als wenn dies irgendein Assistent tut, auch wenn überhaupt kein qualitativer Unterschied in der Schreibe besteht. Daneben gibt es Richter, aber insbesondere auch Anwälte, die sehr viel schreiben. In aller Regel solche, die die guten Honorare bekommen, denn das lässt Zeit zum Schreiben und gibt auch die Möglichkeit, sich einen Entwurf durch einen jüngeren und aufstrebenden Kollegen machen zu lassen. Bei Arbeitnehmerkanzleien ist das anders, weil sie wegen der Beschränkung auf die gesetzlichen Gebühren sehr viel arbeiten müssen, um ein einigermaßen ordentliches Einkommen zu erreichen. Also ist das Resultat klar; auch hier dominiert das Interesse der Herrschenden.

Dazu kam dann noch die Besonderheit, dass in den 1950-er und 1960-er Jahren vieles einfach ausgeklammert

wurde. Das Recht wurde wie eine quasi gottgegebene Ordnung gesehen, dessen praktische Folgen einfach „uninteressant“ waren. Welchen Interessen dienen bestimmte Rechtsnormen? Das haben wir halt anders gesehen. Darüber haben sich die konservativen Juristen furchtbar geärgert: Eine ganze Fakultät, die ihnen ihre Beschränktheit vorführt.

Sie haben allerdings nicht nur uns boykottiert und nicht in die Wissenschaftlervereinigungen aufgenommen. Vielmehr haben sie auch dazu gelernt und ihren Argumentationshaushalt gründlich modernisiert. Das sind kluge Leute, alles andere als Doofköpfe; trotz ihres unsäglichem Verhaltens damals muss man ihren Fähigkeiten mit Respekt begegnen. Auch sie haben sozialwissenschaftliche und ökonomische Erkenntnisse herangezogen, dabei aber selbstredend keine Marxisten, sondern ihnen politisch nahestehenden Autoren berücksichtigt. Die Verhältnisse in anderen Wissenschaftsdisziplinen waren ähnlich: Was die Bremer Fakultät für die Juristen darstellte, war die Memorandum-Gruppe bei den Ökonomen. Es handelte sich in beiden Fällen gewissermaßen um die Opposition, die Alternativen formuliert. Das Alternative liegt nicht zuletzt darin, dass man die Situation der Unterprivilegierten in der Gesellschaft stärken will. Ich mache da so bis heute.

Bei Bedarf kann ich Ihnen nachher erzählen, wie sich Kollegen im Laufe der Zeit verwunderlich entwickelt haben. Bei mir war das nicht so sehr das Problem, da ich den Vorzug hatte, auch außerhalb der Uni verankert zu sein. Einmal über meine Frau und den Zugang zum politischen Bereich. Zum anderen hatte ich in den Gewerkschaften immer einige „Anhänger“. Subjektiv war ich in einer anderen Situation als die meisten Kollegen. Wenn man nur im Wissenschaftsbereich lebt und plötzlich feststellt, dass man nur eine winzige Minderheit ist und die anderen einen bei ihrer wissenschaftlichen Arbeit völlig ignorieren, so ist das schwer zu ertragen. Manchmal wird man sogar erwähnt, dann aber nur mit einer abwertenden Fußnote. Im Gegensatz dazu konnte ich immer sagen: "Ach, ich geh da und da hin, da kommen 100 Leute und hören zu" oder: "Was wollen die eigentlich? Die sollen mich doch mal!". Das Arbeitsrecht hat einen sozialen Träger, der im Zivilrecht oder im öffentlichen Recht fehlt.

I: Mit dem von Ihnen jetzt gerade erwähnten Einbezug von Sozialwissenschaften und Ökonomie sind wir ja eigentlich auch bei der einstufigen oder einphasigen Juristenausbildung. Also dem integrierten sozialwissenschaftlichen Eingangstudium beispielsweise

und anderen Elementen, Theorie-Praxis-Integration und so weiter. Wie haben Sie das erlebt? Also diese ja eigentlich ganz andere Variante von Juristenausbildung, als wie Sie sie selber durchschritten haben.

B: Das war in der Tat eine völlig andere Ausbildung. Ich habe das Integrierte Sozialwissenschaftliche Eingangsstudium, das sog. ISES, als übermäßig theorielastig empfunden. Der sogenannte B-Kurs bedeutete im Kern, „Das Kapital“ von Marx zu lesen und so die Gesellschaft besser zu verstehen. Das ist eine sehr anspruchsvolle Angelegenheit, die – wenn man sie ernst nimmt – viel Zeit braucht. Und auch 50 Jahre später ist nicht erkennbar, dass wirklich eine Brücke geschlagen wurde zwischen den durchaus zutreffenden Erkenntnissen von Marx und dem, was die Leute dann später in ihrem Beruf oder auch politisch gemacht haben. Ich habe da einen sehr viel induktiveren Zugang zu den Dingen und habe daher den B-Kurs gemieden. Daneben gab es den C-Kurs, der sich auf unterschiedliche Praxisfelder bezog. Da habe ich mich engagiert. Wie sieht die Praxis der Gerichte aus? Was sind das für Leute, was ist ihre soziale Herkunft, wie war ihre Ausbildung? Also ein wenig das, was wir gerade diskutiert haben.

Dann gab es in diesem Integrierten Sozialwissenschaftlichen Eingangsstudium noch eine hübsche Begleiterscheinung, die so nicht bekannt ist. Eine ganze Reihe von Jurastudenten hatte ein Jahr lang ein sozialwissenschaftliches Grundstudium in der DDR gemacht. Vermutlich ist Ihnen das nie untergekommen. In der DDR gab es in jenen Jahren auch einen gewissen Aufbruch, und die Entscheidungsträger haben sich vermutlich gesagt: "Wir müssen was tun, damit wir mehr Sympathisanten im Westen haben." Und: "Wir haben doch eigentlich die richtige Theorie. Der Westen ist uns ökonomisch voraus, weil sie in der Bundesrepublik die viel besseren Ausgangsbedingungen hatten" (was ja stimmt) „Wenn wir in Westdeutschland eine breite Gruppe von Menschen gewinnen, die sagen: ‚Eigentlich ist der Sozialismus das bessere System‘, dann bekommen wir Entlastung, dann geht es uns auch besser." Deshalb kamen sie auf die Idee, an einer Gewerkschaftshochschule in Bernau und auch an einer anderen Schule ein einjähriges Studium für Abiturienten aus dem Westen einzurichten. Kost und Logis waren frei. Ein Freund von mir hat dort seine Frau kennengelernt. Andere fanden es einfach unheimlich interessant, ein Jahr in einer völlig anderen Welt zu leben. Die Beurteilungen dieses Aufenthalts waren im Allgemeinen recht positiv. Die haben dort wirklich eine Menge über Marx gelernt und



konnten es dann in unser ISES einbringen. Natürlich haben sie nicht die DDR in Gänze kennengelernt, sondern blieben in der Blase der Gewerkschaftshochschule, aber es war trotzdem interessant. In dem Buch, das ich Ihnen mitgebracht habe („I can't get no“) finden Sie hinten jeweils eine Seite Biografie der Teilnehmer. Die meisten sind so ehrlich, dass sie ihr DDR-Jahr erwähnen. Irmela Hannover, glaube ich, war nicht dort, aber die Angela Uhlig-van Buren, die später Generalstaatsanwältin in Hamburg wurde, die war durchaus dabei. Ich nenne jetzt keine weiteren Namen, aber man würde sich wundern (lacht), weil eine Menge Leute durchaus was geworden sind. Man hat darüber nie geredet, weil in Bremen auch in der Uni eine Linie dominierte, die die DDR sehr kritisch sah und abgelehnt hat. Deshalb war es nicht unbedingt empfehlenswert, direkt darauf Bezug zu nehmen; man hat nur mit Freunden und Vertrauten darüber geredet und Erfahrungen ausgetauscht.

Wir hatten einzelne Jahrgänge in der Juristenausbildung, wo die Mehrheit der Studentinnen und Studenten Mitglied im MSB Spartakus war. Das fand ich damals sehr sympathisch. Ich selbst war immer Mitglied der SPD, die mich insoweit geschützt hat, weshalb ich auch in schlechten Zeiten nicht ausgetreten bin. Nebenbei gesagt: Ich kenne heute einen Gewerkschaftsvorsitzenden, der ist Mitglied der CDU, denkt aber ganz anders. Da habe ich ihm gesagt: "Oh, das passt in meine Biografie.", da ist er mir beinahe um den Hals gefallen. Zurück nach Bremen. Viele MSB´ler von damals haben in ihrem Leben durchaus was erreicht, auch ein Vorstandsmitglied eines großen Unternehmens ist dabei. Man kann spekulieren, wie sie sich wohl geschlagen hätten, wenn die spätere Entwicklung anders verlaufen wäre. Unterstellt, die Arbeitnehmerseite könnte in allen Großunternehmen den Arbeitsdirektor selbst bestimmen – wer würde dann für die Personalpolitik verantwortlich sein? Hier hätte eine ganz große Chance für die Bremer Absolventen bestanden, wenn das Mitbestimmungsgesetz von 1976 anders ausgefallen wäre. Das hätte dann direkt eine Kaderschmiede werden können.

Doch zurück zum tatsächlichen Ablauf. Ich habe es als eine im Grunde eher tragische Entwicklung empfunden, dass man die ganzen Linken aus den anderen Universitäten hier in Bremen konzentriert hat. Damit hat man die anderen Unis ihrer führenden linken Köpfe beraubt. Peter Derleder hat zum Beispiel in Kiel für die dortige Studentenbewegung eine unheimlich wichtige Rolle gespielt, viel wichtiger als ich in Tübingen. Aber als er weg war, ist da nicht mehr viel passiert. Und hier haben

alle unheimlich viel Energie darauf verwendet, sich untereinander abzustimmen – freundlich gesagt. In Grabenkämpfe haben sie sich verzettelt – müsste man sagen, wenn man ein realistisches Bild zeichnen will. Oft war es so: „Wenn jemand von der Fraktion A was sagte, dann kann das ja nicht stimmen“, dann musste ein Vertreter der Fraktion B unbedingt widersprechen.

Drei Fraktionen hatten wir, auch gesamtuniversitär. Da gab es einmal die Stamokaps, das waren die DDR-Freunde. Dann gab es die MiSos, das war die Abkürzung für Mittwochs-Sozialisten, weil sie sich immer mittwochs getroffen haben. Das waren die Unorthodoxen, eigentlich die sympathischste und produktivste Gruppe, würde ich heute sagen. Die dritte Gruppe war die Munte-Fraktion, die sich immer in der Gaststätte „Munte 2“ traf, aus der heute das Hotel Munte geworden ist. Führender Kopf war hier Reinhard Hoffmann, der in der Anfangsphase bei der Konzipierung der Ausbildung eine sehr wichtige Rolle gespielt hat. Als er dann 1974 seine politischen Funktionen als Senatsdirektor innehatte, hat er zunächst die Munte-Gruppe weiter unterstützt. Später hat er aber systematisch wieder alles kaputt gemacht, was sich an alternativer Ausbildung in der Uni etabliert hatte. Man kann nur den Kopf schütteln, wenn man sich die Lebensleistung von Reinhard Hoffmann anschaut – auch er übrigens ein Arbeitsrechtler mit sehr guten Aufsätzen, gewissermaßen ein kommender Wortführer der Linken, der dann nur noch administrativ tätig war und zum Aktenleser von Henning Scherf wurde.

Nun hatte man in der Lehre diese Interdisziplinarität. Sie auch in Aufsätzen oder gar in Büchern umzusetzen, war nicht so einfach. Das ist auch kaum versucht worden; zu forschen und Aufsätze zu schreiben, war in der damaligen Zeit keine sozial angesehene Verhaltensweise. Man könnte sogar bei den Juristen nach meiner Einschätzung von subtiler Wissenschaftsfeindlichkeit sprechen; diese These haben die Kollegen aber nicht sehr geschätzt. Man sollte in jenen Jahren allenfalls in der „Kritischen Justiz“ schreiben, die politisch zu den „Misos“ passte, oder in „Demokratie und Recht“, einer Zeitschrift, die zu den „Stamokaps“ und zur DKP gehörte. Im Jahr 1975 habe ich mal einen Beitrag über das sowjetische Arbeitsrecht geschrieben. Er war ursprünglich als Vorwort für die deutsche Übersetzung eines sowjetischen Arbeitsrechts-Lehrbuchs vorgesehen. Nun hatte ich höflich, aber bestimmt kritisiert, dass man in der Sowjetunion auch wegen Krankheit gekündigt werden konnte und dass es noch die Unterscheidung zwischen Arbeitern und Angestellten gab. Das war höchst unziemlich. Deshalb

haben sie sich geweigert, das als Vorwort zu veröffentlichen. (lacht) Anschließend ist es mir mit Mühe und Not gelungen, den Text wenigstens als Aufsatz in „Demokratie und Recht“ unterzubringen. Das ging dann gerade noch, weil ich ja Sozialdemokrat und damit „Bündnispartner“ war; wäre ich in der DKP gewesen, hätte ich es nicht geschafft und wäre mit Sicherheit gerügt worden. Ich könnte Ihnen erzählen, dass das heute in China völlig anders ist. Das ist ein spannender Teil meines Lebens. Damals war es aber so, und nach der Veröffentlichung gab es durchaus Kommentare etwa mit dem Tenor: "Du, du! Du hast wohl ein sehr großes Missverhältnis zur Sowjetunion". Naja, das muss man aushalten.

Die Intoleranz der jeweiligen Gruppen war recht groß. Das galt insbesondere für den KBW, ein Stück weit galt es aber auch für die Stamokaps. Nicht viel anders war es bei den Munte-Leuten bis hin zu Reinhard Hoffmann, der ja durchaus was zu entscheiden hatte. Wenn man da zur falschen Fraktion gehörte, hatte man nie wieder eine Chance. So habe ich beispielsweise später, in den neunziger Jahren, einmal versucht, einer von den drei ZERP-Direktoren zu werden. Die Mehrheit der Kollegen war an sich dafür, aber das ist dann „von oben“ verhindert worden. Es kam doch nicht in Betracht, dass so ein früherer Stamokap ZERP-Direktor wird das ging doch einfach nicht. Ich habe mich später, wenn man so will, ein wenig gerächt, indem ich mich geweigert habe, jemals das Dekanat zu übernehmen. Da waren die Kollegen am Ende ziemlich sauer und haben mich bei der Lehrveranstaltungsplanung schikaniert. Ich sollte die „Einführung ins Zivilrecht“ machen, wozu ich auch ein Buch geschrieben hatte. Die Veranstaltung hatte vier Wochenstunden und die hat der Fachbereichsrat auf Montag 8:00-10:00 Uhr und auf Dienstag 17:00-19:00 Uhr gelegt. Normal war 10 bis 12 Uhr, montags und mittwochs. Die Umgangsformen unter Hochschullehrern sind aber nicht so offen, dass man die Gründe gesagt bekäme, etwa in der Form "Du hast dich geweigert, das Dekanat zu übernehmen, deshalb sind viele sauer auf dich; das ist der Grund, weshalb du die schlechten Stunden kriegst." Nein, das stimmte zwar, aber man hat immer mit anderen Ausreden gearbeitet, weshalb man das so gemacht hat. Das Ganze spielte ein, zwei Jahre vor meiner Pensionierung 2004. Ich habe dann nach meinem Ausscheiden den Dekan mal zum Mittagessen ins „Haus am Walde“ eingeladen, aber auch da ist er nicht offen geworden.

I: Eine gewisse Verhärtung gab es also auch im

Fachbereich 6. // B: Ja. // I: in unterschiedlichen Fraktionen? #01:03:37-1#

B: Ja, ja. Vielleicht nicht so stark wie bei anderen Fachbereichen, aber es gab natürlich eine gewisse Verhärtung. Ein Stück weit wird diese aber überlagert durch persönliche Beziehungen, die unter solchen Dingen nicht leiden. Ich hatte zum Beispiel ein sehr gutes Verhältnis zu Gerhard Stuby, der leider vor kurzem verstorben ist, oder mit Roland Dubischar, der auch aus Tübingen kam und etwas außerhalb des engeren Kreises stand. Allerdings hat er im Gegensatz zu mir hier gewohnt, was natürlich einiges veränderte. Manfred Hinz, den ich auch mochte, ist schon früh nach Namibia gegangen und hat dort die Juristenausbildung aufgebaut, weil ihm die Fakultät hier gründlich auf die Nerven ging.

Rolf Knieper – ich weiß nicht, ob Sie Bescheid wissen über Rolf Knieper? //I: Nein. //B: Rolf Knieper ist eine interessante Figur. Er gehörte zu den Misos und hat das erste richtige Projekt gemacht, indem er den Borgward-Konkurs zusammen mit seinen Studenten aufgearbeitet hat. Das war vielen anderen im Fachbereich zu konkret. Gleichzeitig war Knieper seiner Art nach, sagen wir 'mal, nicht immer bereit, Dummheiten anderer mit Toleranz zu begegnen. Das führte dazu, dass er in den siebziger Jahren im Fachbereich eigentlich noch kritischer beäugt wurde als ich. Dann hat er sich gesagt: "Mit dem Laden kann man eigentlich nicht viel anfangen" und ist für die GTZ nach Afrika gegangen. Dabei hat er afrikanische Länder bei den Vertragsverhandlungen beraten, die sie über ihre Bodenschätze mit der Weltbank oder mit irgendwelchen Unternehmens-Konsortien geführt haben. Das war im Prinzip sein Gebiet und eine auch wirklich wichtige Aufgabe. Er war nach meiner Erinnerung in der Zentralafrikanischen Republik und im Tschad. Manchmal gab's dann im Gastland einen Putsch, und er kam für ein bis zwei Jahre zurück.

Dann geschah der Umbruch im Osten 1990. Ab da brauchte die GTZ Leute, die in den Ländern des zusammengebrochenen Sozialismus eine neue gute demokratische Rechtsordnung entwarfen. Das wurde nun das große Betätigungsfeld von Rolf Knieper. Er begann in Georgien und ist dann quer durch die Staaten der ehemaligen Sowjetunion gereist. Er hat dort die Regierungen rechtlich beraten, so in dem Sinne: "So könnte eine Regelung aussehen". Das ging so weit, dass einmal sogar die New York Times einen Artikel über den Einfluss der Deutschen in der früheren Sowjetunion veröffentlicht hat, die dort überall zugange seien. Das

fanden sie sehr kritikwürdig, und einer der schlimmsten war der ausdrücklich erwähnte Knieper. Das war im Grunde eine versteckte Anerkennung, auf die man stolz sein konnte.

Auf der anderen Seite habe ich irgendwie immer mit Verwunderung zur Kenntnis genommen, dass Knieper im Gegensatz zu mir kein Russisch konnte; ich hatte es in der Schule in Stuttgart gelernt. Dass man ein Recht abschafft, das man nicht einmal lesen kann, ist eine Art von Rechtsimperialismus, über den ich nur den Kopf schütteln kann. Wenn ich ein neues Recht schaffen will, muss ich mich doch mit dem, was bisher war, auseinandersetzen. Da war mit Sicherheit unheimlich viel Schlechtes dabei, aber war das alles? Man kann doch nicht einfach sagen: "Wir haben ein deutsches GmbH-Gesetz aus dem Jahr 1892, das sich im Prinzip bewährt hat, und jetzt machen wir es in Georgien ebenso." Persönlich hatten wir eigentlich eine ganz gute Beziehung, und ich habe auch für die Knieper-Festschrift, die nie erschienen ist, einen Beitrag geschrieben.

Nun zu Manfred Hinz, den sollten Sie auch fragen. // I: Den haben wir schon, ja. // B: Ein feiner Kerl. Er hat die Juristenausbildung in Namibia aufgebaut. Der Hintergrund war eine ähnliche Erfahrung, ein ähnliches Gefühl, wie ich es hier hatte. Also wie gesagt, es gab durchaus Schwierigkeiten in den Formen des Umgangs miteinander. Sie sprachen von Verhärtung - der Umgang miteinander war nicht immer ein solidarischer. Wenn ich heute mit meinen Mandaten so umgehen würde, würde ich stante pede rausfliegen: Belehrend, intolerant, die Schwächen des andern ausnutzend. Es verwundert nicht, dass sich manche gesagt haben: "Lassen wir's". Bei mir hat es dazu geführt, dass ich mich mehr im gewerkschaftlichen Bereich oder im politischen Bereich betätigt habe. In Bremen habe ich meine Lehrveranstaltungen gemacht, die Gott sei Dank bei den Studenten relativ gut ankamen. Deshalb konnten mir die Kollegen auch nie so richtig an den Karren fahren. Dazu kam, dass ich mir ein bestimmtes Gremium, nämlich den Promotionsausschuss, ausgesucht hatte, das seine spezifischen Vorzüge hatte. Im Gegensatz zum Fachbereichsrat war es nicht sehr zeitraubend. Einmal im Monat machen Sie eine Sitzung, die Sie als Vorsitzender gut vorbereiten müssen. Sie wissen dann besser Bescheid als die meisten Kollegen, die nur bei Anträgen ihrer Doktoranden voll im Bilde sind. Dann schaffen Sie die Sitzung in anderthalb Stunden. Außerdem gab es nach der Promotionsordnung die Regel, dass man zunächst vom Ausschuss als Doktorand angenommen werden musste, das ist heute noch so.

Dann sollte man die Doktorarbeit schreiben; war sie fertig, musste man die Zulassung zur Prüfung beantragen. Dann folgten die beiden Gutachten und die mündliche Prüfung.

Es gab nun verschiedene Kollegen, die dieses Annahmeverfahren nicht gemocht haben. Sie haben über Jahre weg Leute betreut und dann hieß es plötzlich: "Eigentlich ist die Arbeit fertig". Das hätte nicht sein dürfen, und man hätte den Doktoranden wie ihren Betreuern unheimliche Schwierigkeiten machen können. Wir haben das aber im Promotionsausschuss immer, sagen wir 'mal, recht unbürokratisch gehandhabt. Man hat die Annahme beschlossen und acht Tage später ist der Doktorand dann im Wege der Eilentscheidung des Vorsitzenden zur Prüfung zugelassen worden. Die Kollegen kamen und wollten etwas von mir, was mein Leben durchaus erleichtert hat. #01:12:05-2#

I: Ich würde jetzt noch einmal auf einen anderen Aspekt in der einstufigen oder einphasigen Juristenausbildung zu sprechen kommen: eben das, was Sie vorhin erwähnt haben, das Referendariat. Das war integrierter. Wie haben Sie das beispielsweise oder auch andere Elemente dieser Ausbildung erlebt? #01:12:28-3#

B: Sagen wir 'mal so: Ich habe es durchaus positiv erlebt, dass die Studenten im Schwerpunktstudium ein halbes oder ein dreiviertel Jahr in der Praxis waren, z.B. beim Arbeitsgericht oder bei einem Anwalt, der arbeitsgerichtliche Verfahren geführt hat. Und dass sie da ein Stück weit Erfahrungen gewonnen haben, wie der Rechtsapparat funktioniert. Die Uni-Ausbildung hat gewissermaßen die Methode vermittelt, wie Juristen vorgehen, aber sie hat kein flächendeckendes Wissen vermittelt. Wenn Sie die Methode kennen und wissen, wie z. B. der Kündigungsschutz funktioniert, so haben Sie aber wenig Ahnung vom Mutterschutz. Durch meine Ausbildung und meine Art zu arbeiten gehörte ich eigentlich immer zu der Kategorie von Leuten, die der Überzeugung waren, man müsse in allen Rechtsgebieten gewisse Elementarkenntnisse haben. Die Einzelheiten kann man später hinzufügen, wenn man im Beruf ist. Aber ich muss auch als Arbeitsrechtler oder als Strafrechtler wissen, was eine GmbH und was eine OHG ist. Sonst wird die Arbeit unendlich schwierig. Ich habe das Wissen unserer Studenten immer als extrem lückenhaft empfunden. Um ein weiteres Beispiel zu nennen: Wenn ich jemand in hilfloser Lage aussetze, ist das eine strafbare Handlung. Das muss ich wissen, das kann ich nicht aus irgendwelchen übergeordneten Gesichtspunkten ableiten.

Das Wissen unserer Studenten war aus meiner Sicht sehr eng. In diesem partiellen Bereich haben sie zum Teil Examensarbeiten geschrieben, die praktisch das Niveau einer Dissertation hatten. Auch hatten wir im Arbeitsrecht fast durchweg Absolventen, die sich als Anwälte der Unterprivilegierten verstanden. Es gab – wenn man so will - keine Arbeitgebervertreter unter denen, die im Schwerpunkt Arbeitsrecht waren. Heute sehe ich die einphasige Ausbildung ein bisschen positiver als damals. Vor zwei, drei Jahren habe ich mich 'mal mit einem Jahrgang getroffen, der '73 begonnen und '79 abgeschlossen hatte, Feest und Derleder waren nach meiner Erinnerung auch dabei. Alle waren gerade im Begriff, in den Ruhestand oder in Rente zu gehen. Man kommt sich ganz schön alt vor, wenn die Leute, die bei einem studiert haben, jetzt schon die Altersgrenze erreichen. Aber praktisch alle hatten es eigentlich zu einer komfortablen beruflichen Existenz gebracht. Als Anwälte, zum Teil als Ministerialbeamte, sei es hier in den senatorischen Behörden, sei es in NRW. In der Tat nicht in CDU-Ländern, weil die CDU in den siebziger Jahren einen Boykott-Beschluss gefasst hatte, wonach man keine Absolventen der Bremer Juristenausbildung einstellen wollte. Doch es gab gerade aus den ersten Jahrgängen ein paar Leute, die es sehr weit gebracht haben. Peter Masuch ist beispielsweise Präsident des Bundessozialgerichts geworden. Oder die schon erwähnte Angela Uhlig van Buren ist Generalstaatsanwältin in Hamburg geworden, und Irmela Hannover Ressortleiterin beim WDR. Oder nehmen sie Bernhard Docke, dem es gelang, den Bremer Kurnaz aus Guantánamo zu befreien, und auch Uli Meurer, den langjährigen Innensenator von Bremen. Weitere Beispiele finden Sie in dem Buch, das ich vorhin erwähnt habe. Die allermeisten haben sich ganz erfolgreich durchs Leben geschlagen.

Aus der Zeit der zweiphasigen Ausbildung gibt es nach meiner Kenntnis bisher keine vergleichbaren Erfahrungen. Ich kenne niemanden aus Anwaltsbüros oder aus der Verwaltung, der in Bremen studiert hätte und der es wirklich so weit gebracht hätte wie die genannten Personen. Die zweiphasige Ausbildung hat im Prinzip schlecht funktioniert. Unser Notendurchschnitt im Referendarexamen war schlechter als der Notendurchschnitt in Hamburg und in Kiel. Das könnte man damit erklären, dass wir strenger waren. Nun gab es aber für das Zweite Examen ein gemeinsames Prüfungsamt in Hamburg. Das hatte den vernünftigen Sinn, die Bremer Absolventen vor Diskriminierung zu schützen, denn sie hatten auf diese Weise ein

Abschlusszeugnis eines überregionalen und keines Bremer Prüfungsamts. Bei diesem gemeinsamen Prüfungsamt haben nun typischerweise die Bremer noch schlechter abgeschnitten als in ihrem ersten Examen. Das erste Examen war vom Niveau her niedriger als in den beiden anderen Unis, und im zweiten Examen mit dem gemeinsamen Prüfungsamt sackten die Leute nochmals ab. Dieses heißt: Die zweiphasige Ausbildung brachte schlechte Ergebnisse.

Dabei ist allerdings zu beachten, dass das Prüfungsergebnis nicht nur von der Qualität der Lehre abhängt. Vielmehr geht es auch darum, ob Sie engagierte oder nicht engagierte Studenten haben. In der Anfangsphase, während der einphasigen Ausbildung, hatten wir unheimlich viele engagierte Studenten, die gewissermaßen die neue bessere Welt mit schaffen wollten. Später war das ganz anders. Lange hatten wir ein sogenanntes Verteilungsverfahren. Studienbewerber hatten danach die Wahl zwischen drei Studienorten. Dabei konnten sie Prioritäten setzen, so nach dem Motto: "Ich habe drei Wünsche. Punkt 1: Ich will nach Münster, Punkt 2: Ich will nach Köln, Punkt 3: Ich will nach Bremen." Es gab ganz wenige, die Bremen an erster Stelle gewählt hatten und es gab viele, die die Bremen an dritter und letzter Stelle gewählt hatten. Sie wären also viel lieber woanders hingegangen, kamen aber wegen ihres schlechteren Notendurchschnitts im Abitur dort nicht zum Zuge. Wir haben nach diesem Verteilungsverfahren die schlechteren Bewerber gekriegt. Einmal hatten wir einen Riesen-Jahrgang, da wir vergessen hatten, den Meldeschluss anzukündigen. Daraufhin haben sich alle beworben, die woanders keinen Studienplatz bekommen haben. Und so standen wir plötzlich 500 Studenten eines Jahrgangs gegenüber, von denen die allermeisten wenig motiviert waren. Die einphasige Ausbildung war im Gegensatz dazu viel erfolgreicher. #01:22:09-2#

I: 'Mal eine andere Frage. Der Kollege Feest ist ja auch mit Studierenden etwa in die JVA nach Oslebshausen gegangen und dann haben sie dort Beratung gemacht. Das war sein praktisches Projekt. Haben Sie etwas Vergleichbares betrieben? Etwa dass Sie mit Studierenden an Betriebsräte herantreten sind? Ist Ihr ganzes Engagement für die Gewerkschaften auch in die Universität eingeflossen – direkt, explizit? #01:22:36-6#

B: Nein, eigentlich nicht. Meine Erfahrungen gingen in die Inhalte der Lehre ein, das ist klar. Ein oder zwei Male hatte man vielleicht einen Betriebsrat da, der aus seiner Praxis berichtet hat. Aber es war kein systematisches Vorgehen



wie bei Johannes Feest. Dafür fehlt bei Betriebsräten auch der Informationsbedarf, die ihre Probleme kennen und sich unschwer anderwärts Rat holen können. Was ich zehn Jahre lang, von '79 bis '89 gemacht habe, war eine arbeitsrechtliche Sendung bei Radio Bremen. Einmal im Monat konnte jeder Hörer von zehn bis elf Uhr wegen Fragen zum Arbeitsrecht anrufen. Das hatte eine durchaus, sagen wir 'mal, aufklärerische Funktion. Viele Leute haben nämlich anonym angerufen und gesagt: "Ich traue mich nicht, meinen Namen zu sagen" Und: "Sonst krieg' ich Schwierigkeiten mit meinem Arbeitgeber". Da lernt der Hörer Machtverhältnisse kennen. Es gab auch Fälle, dass Leute nicht das Geld hatten, um ein schönes Foto für Bewerbungen machen zu lassen. Da haben wir dann von einem Fotogeschäft ein Angebot bekommen: "Wir machen's gratis." Es entstand eine intensive Kommunikation mit den Hörern, was will man mehr? Die Sendung hatte auch insofern eine Besonderheit, als ich ja nicht typisch bremisch rede. Im Anschluss an meine „Sprechstunde“ haben sie immer die plattdeutschen Nachrichten gebracht (lacht), was ein richtig schöner Gegensatz war, gewissermaßen die Vielfalt der deutschen Sprache widerspiegelte.

Unter den Anrufern waren viele unterschiedliche Leute, darunter auch einige Querulanten. Wir hatten bei Radio Bremen eine Personalrätin, die sich auch sehr für das Arbeitsrecht interessierte. Sie hat die Anrufe entgegengenommen und hatte ein gutes Gefühl, wer ein ernsthaftes Anliegen hat und wer nur unbedingt Recht haben wollte. Die ernsthaften Fragen hat sie in die Sendung reingestellt, wobei ich nie wusste, was für eine Art von Frage kommen würde. Meist wurde gesagt: "Mein Freund oder meine Freundin hat das und das Problem." Typischerweise waren es Freunde oder Bekannte, obwohl es im Zweifel die eigenen Probleme waren. Dann habe ich halt, soweit ich es konnte, geantwortet. Eine vollständige Antwort kann man nicht immer geben. Wenn man bei zehn Fragen zwei nicht beantworten kann, ist das nicht tragisch, das macht einen nur etwas menschlicher. Das Nicht-Wissen darf natürlich nicht überhandnehmen – wenn man fünf Mal passen muss, wäre das schlecht. Es lief immer so, dass zwei Anrufe zusammengezogen und in ca. fünf Minuten beantwortet wurden. Dann kamen mindestens fünf Minuten Musik und anschließend waren wieder zwei Frager dran. Insgesamt ist es gut gelaufen trotz der Nervenanspannung, die damit auch verbunden war, weil man nie wusste, was kommt. Zeitweilig konnte ich nicht mehr Taxi fahren, ohne gefragt zu werden: "Die Stimme habe ich doch schon mal gehört!" (lacht). Das war natürlich auch ein Stück Praxis, aber ich hab sie eigentlich selten so richtig in die Uni reingeholt. // I: Na gut, das

wollte ich wissen. //B: Das war also anders als bei Feest.  
#01:26:24-4#

I: Wir wollten noch über den Großraum sprechen, das Großraum-Studium sozusagen im GW2. #01:26:31-2#

B: Im Gebäude GW2 sollten wir alle in den Großraum. Dieser sollte uns die Arbeitsbedingungen der Arbeiterklasse näherbringen, weil sich dort auch eine elektrische Säge befand, die einen Höllenlärm machte. Sie gehörte zum Studiengang 'Werken', der von der Fachhochschule zu uns gekommen war. Ich habe mich dezidiert geweigert, da reinzugehen, nicht nur wegen des Lärms. Man kann in so einem großen Raum, wo dauernd was los ist, nicht wirklich konzentriert arbeiten und auch nicht unbeobachtet telefonieren. Ich habe daraufhin mit Rektor von der Vring gesprochen, der Verständnis zeigte: "Ich zwinge Sie da nicht rein". Ich glaube, von den Kollegen ist niemand reingegangen. Dann habe ich ein Dienstzimmer bekommen, in dem aber nur ein Tisch mit einem Telefon drauf und ein kleiner Schrank waren; ein Schreibtischstuhl oder eine sonstige Sitzgelegenheit fehlte. Dann haben wir überlegt: Im Großraumbüro stehen doch eigentlich viele Stühle. Und kein Mensch geht in dieses blöde Ding rein. Ich ging dann einfach mal hin, wie ein neugieriger Spaziergänger, und habe das dort stehende Mobiliar inspiziert. Ich sah da ein schönes Exemplar von einem Schreibtischstuhl, vor einem leeren Schreibtisch stehend, der offensichtlich von niemandem benutzt wurde. Ich habe ihn einfach gepackt und auf seinen Rädern weggerollt – zunächst mit einem richtig schlechten Gewissen. Hoffentlich sieht mich keiner. Als ich dann aus dem Großraum draußen war, war es irgendwie mein Stuhl, er gehörte jetzt mir, und das hätte ich jedem gesagt. Ich bin dann in mein Zimmer gegangen und habe ihn dort viele Jahre lang benutzt.

Im Großraumbüro habe ich dann Lehrveranstaltungen abgehalten. Es gab kleine Areale, die mit spanischen Wänden – vielleicht 1,5 m hoch - abgeteilt waren. Jederzeit konnten Leute vorbeikommen und zuhören. Das haben sie auch getan, was immer ein bisschen störte, aber auszuhalten war. Hin und wieder trat die Säge in Aktion und man war nicht mehr zu verstehen. Man hörte zu reden auf, bis der Vorgang zu Ende war. Die Bindung zur Arbeiterklasse ist dadurch nicht wesentlich gestärkt worden. Irgendwann haben sie das Großraumbüro aufgegeben und daraus wieder Einzelbüros gemacht. Es ist effektiv gescheitert. Die Geschichte mit dem Stuhl ist mir aber nachhaltig in Erinnerung geblieben. (lacht) Irgendwie muss man sich halt durchschlagen.

#01:29:58-3#

I: Nochmal zur Universität insgesamt. Diese progressive Ausrichtung hielt ja nicht unbegrenzt an, sie war nicht für ewig. Ich habe im Archiv gefunden, dass Sie im April '82 einen offenen Brief an die Mitglieder der Universität Bremen geschrieben haben. Da haben Sie von der Gegenreform gesprochen bzw. die Gegenreform kritisiert. Später haben Sie häufig auch die hochschulpolitischen Fronten, die übertrieben verfestigt seien, kritisiert. Das war ein kollektiver Brief, mit Herrn Albers zusammen, mit Katja Barloschky vom Spartakus, Herrn Hickel, aber auch Rektor Wilfried Müller, Mützelburg und so weiter. Was genau in Sachen Gegenreform hat Sie veranlasst - vielleicht noch mal in Ihrer Erinnerung? #01:31:01-7#

B: Man muss die gesamtgesellschaftliche Situation sehen, die unter der Regierung Schmidt bestand, die ja nicht unbedingt die Brandt-Tradition bruchlos fortgeführt hatte. Es herrschte gewissermaßen ein großer Autoritarismus, der auch zur Person von Helmut Schmidt gepasst hat. Ich sehe ihn heute ein bisschen anders. Es gibt bei Youtube sehr viele Interviews mit ihm. Mit Günter Gaus und mit Sandra Maischberger und mit anderen. Er ist viel klüger als ich vermutet habe, und denkt differenzierter. Heute sehe ich ihn positiver als damals. In jener Zeit hat er für mich das konservative Deutschland repräsentiert. Später, d. h. 1982, war auch er nicht mehr konservativ genug und ist gestürzt und durch Kohl ersetzt worden. In Bremen haben zwar immer die Sozialdemokraten regiert, aber das allgemeine Klima wirkte sich doch auch irgendwie aus. Und dazu kam die Abschaffung der einphasigen Juristenausbildung; wir hatten in jener Zeit auch keine so engagierten Studenten mehr. Der letzte Jahrgang der einphasigen Juristenausbildung bestand vorwiegend aus Leuten, die sich gesagt haben: "Das ist prima hier. Ich muss nur ein Stückchen Arbeitsrecht lernen und damit schaff' ich's und werde Volljurist". Weg war sie, die Aufbruchsstimmung der Jahre '71/'72, und auch die positiven Elemente, die es mal in der DDR gab, sind immer kleiner geworden. Der Zusammenbruch '89/'90 kam nicht von heute auf morgen, sondern hatte seine viele Jahre zurückliegenden Ursachen. Ich habe das in einer „Geschichte der Betriebsverfassung“ mal auf 20 Seiten nachzuzeichnen versucht. Es gab außerdem viele Opportunisten, die mitlaufen, wenn sich der Wind gedreht hat. Das war für mich persönlich nie so ein großes Problem aufgrund meiner Verankerung in unterschiedlichen Bereichen. Nur ein Teil von mir war hier in der Uni. Ich hatte als Wirkungsbereich Gewerkschaften und Betriebsräte, ich hatte den politischen Bereich von

meiner Frau. Aber es ist klar, es hatte sich eine ganze Menge zum Negativen hin verändert. Die Atomraketen sind gekommen, obwohl wir uns in der Friedensbewegung unheimlich stark dagegen ausgesprochen hatten. In der Friedensbewegung habe ich relativ viel gemacht. Das alles deprimiert natürlich irgendwie. Wenn man so will, hatte die Linke nach der Ära Brandt keine sichtbaren Erfolge mehr erreicht. Auch das spielte eine Rolle.

Und man hatte im Prinzip auch keine Konzeption, die jetzt, sagen wir, einen demokratischen Sozialismus einmal ins Konkrete herunterbrechen würde: Wie würde ein solches System eigentlich konkret aussehen? Wir haben einen kleinen Versuch gemacht. Es gab seit 1987 in der SPD eine Programmdiskussion. 1988 war ich Mitglied in einer innerparteilichen Kommission, die sich „August-Bebel-Kreis“ nannte und die Alternativen entwickeln sollte. Heraus kam ein Programmentwurf, den man als demokratisch-sozialistisch bezeichnen kann. Aber er wurde nie außerhalb der Partei veröffentlicht und konnte keine Wirkung mehr entfalten. Ich habe ihn jetzt auf meine Homepage gestellt, denn es steht vieles drin, was nicht verloren gehen sollte. Die Verfasser waren eine recht bunte Truppe – mit Walter und Inge Jens, Wilhelm Steinmüller, dem Bremer Kollegen, Umweltschützern, Feministinnen, Theologen und Ökonomen. Nur eine Minderheit war Mitglied in der SPD. Diese Offenheit ist heute schwer vorstellbar. Aber die Erfolglosigkeit machte deutlich, in welcher Zeit man angekommen war.  
#01:39:20-6#

I: Aber vielleicht sollten wir nun nochmal ein bisschen zurückkommen auf die Universität Bremen. Also wie hat sich denn diese konservative Wende, wenn man das jetzt so bezeichnen möchte, konkret auch hier niedergeschlagen? Wenn man so bedenkt, etwa so Aufgaben, Verteilung von Naturwissenschaften - Geisteswissenschaften oder finanzielle Ressourcen. Das ist natürlich ein Problem für sich und hat jetzt mit Ideologie nicht so viel zu tun. // ,

B: Doch. Das hat schon mit Ideologie zu tun. Für bestimmte Projekte bekommen Sie nie Geld. Ich habe deshalb auch ein distanzierendes Verhältnis zum Betrieb der Wissenschaftsförderung und habe nie einen Antrag bei der DFG oder der VW-Stiftung gestellt. Ich habe zwar hin und wieder Anträge anderer Leute begutachtet, insbesondere für die VW-Stiftung, und einmal auch eine Aufforderung erhalten, doch selbst einen Antrag zu stellen, habe es aber dennoch nicht getan. Die Überlegung ist folgende: Wir als Juristen können heute eine Idee haben,

morgen in die Bibliothek gehen oder die Datenbanken anzapfen und übermorgen bringen wir etwas zu Papier. Das kann etwas Neues und Wichtiges sein. Und in acht Tagen ist der Text veröffentlicht. Wenn ich dagegen ein Projekt beantrage, so muss erstmal ein Projektpapier mit 40 Seiten geschrieben werden. Dieses Projektpapier wird eingehend diskutiert und kommt im Anschluss in ein Verfahren der Begutachtung. Darum kümmern sich zwei oder drei Gutachter, man hat da Freunde und Nicht-Freunde, und später entscheidet die DFG oder die VW-Stiftung, ob sie das Projekt fördert oder nicht. Wenn es klappt, folgt die Personalrekrutierung und irgendwann beginnt dann auch mal die eigentliche Arbeit. Wenn alles sehr glatt geht, ist dann ein halbes bis ein Jahr vergangen; Ergebnisse liegen nach zwei bis drei weiteren Jahren vor.

Aber das ist nicht der einzige Punkt. Für den Bereich der Rechtswissenschaft - ich beziehe mich *nicht* auf die Naturwissenschaften, ich beziehe mich *nicht* auf die Ökonomen – kann man sagen, dass eigentlich alle Dinge, die in den letzten 40, 50 Jahren einen wirklichen Neuheitswert hatten, von einzelnen klugen Kollegen entwickelt worden sind und nicht Produkte staatlich geförderter Projekte waren. Von daher war es für mich auch völlig gleichgültig, dass mit Forschungsmitteln gespart wurde. Ärgerlich war allenfalls, dass die Bibliothek weniger Bücher anschaffte, aber notfalls habe ich selbst einige gekauft. Ich war gewissermaßen gegen die Sparstrategie immun.

Hier in Bremen habe ich meine Lehrveranstaltungen gemacht, die - wie schon erwähnt - gut frequentiert waren. Ich habe häufig die Einführung ins Zivilrecht übernommen und zudem - auch um den Kollegen ein wenig entgegen zu kommen - immer Familien- und Erbrecht „gelesen“. Wir hatten weder einen Familien- noch einen Erbrechtler, weil das bei der Berufungspolitik schlicht übersehen wurde. Beide Fächer haben die übrigen Kollegen nicht besonders gemocht. Ich habe diese Fächer meinerseits sehr gerne übernommen. Sie können im Familienrecht viele spannende Geschichten erzählen. Da streiten sich die Eltern über den Vornamen des Kindes oder fragen sich, ob die Tochter auch „Windsbraut“ mit Vornamen heißen kann. Das ist für die Hörer eine richtig spannende Materie. Oder: Die Oma macht ihr Testament und setzt einen Jugendfreund ein. Da können Sie die unterschiedlichsten Dinge aus dem realen Leben bringen, und die Studenten verstehen es sofort. Es war auch eine Pflichtveranstaltung, und sie ist von den Studenten immer viel besser bewertet worden als mein „Arbeitsrecht“. Vielleicht weiß ich zu viel im Arbeitsrecht (lacht) und im

Familien- und Erbrecht weiß ich weniger, alles ist dann einfacher und unkomplizierter. Daneben hatte ich das Schwerpunktstudium im Arbeitsrecht und die Prüfungen zu bestreiten Außerdem habe ich Aufsätze und Bücher veröffentlicht, was sich auf der Homepage der Uni relativ gut rekonstruieren lässt.

Im Übrigen habe ich natürlich miterlebt und ein Stück weit auch miterlitten, wie es unter Kohl im politischen Bereich rückwärtsging. Die Konservativen aus der Tübinger oder der Dußlinger Umgebung hatten Oberwasser bekommen. Na gut, ich konnte aber immer mit ihnen reden, das war ja nicht so, dass der „Feind“ gesiegt hätte. Das Leben in verschiedenen Milieus hatte sich als nützlich erwiesen. Manche Kollegen waren unheimlich deprimiert und haben nichts mehr geschrieben. Ein Extremfall war Grauhan, bei dem das Scheitern der Ausbildung dazu geführt hat, dass er sich umbrachte. Es gab noch einen zweiten Selbstmord, den des Kollegen Backmann, was weniger bekannt ist. Wenn Sie mit ihrer ganzen Existenz in der Uni sind und diese gewissermaßen ihr Leben ist, dann bricht eine Welt zusammen, wenn alles ganz anders läuft als 1972 #01:45:51-1#

I: Wo Sie jetzt nochmal '72 gesagt haben: Ich muss mich ein wenig entschuldigen, weil mir vorhin eine Frage durchgerutscht ist, die ich aber nochmal mit Ihnen besprechen möchte. Und zwar die zur Drittelparität - wie haben Sie die erlebt? #01:46:01-7#

B: Ich habe eine sehr positive Erinnerung. Ich bin mit den Vertretern des Dienstleistungssektors gut ausgekommen. Das sind pragmatisch denkende, vernünftige Leute, wissend, wie's praktisch läuft, was geht und was nicht geht. Mit den Studenten als weiterer Gruppe hatte ich auch nie Probleme. Einmal hat die MG ein bisschen gegen mich geschossen, aber sonst hatte ich keine Schwierigkeiten, die hatte ich nur mit einigen Kollegen. Ich war auch mal Mitglied im Fachbereichsrat. Die Drittelparität war für mich eine erfreuliche Sache, die die Qualität der Entscheidungen in keiner Weise beeinträchtigt hat. Die BILD-Zeitung hat geschrieben: "In Bremen bestimmen die Putzfrauen, was geforscht wird", Wie sagte man damals kurz, aber deutlich? „BILD lügt“. #01:47:00-1#

I: Können Sie nochmal ein Beispiel nennen, wo durch den Einbezug der Sichtweise der Dienstleisterinnen bzw. der Dienstleister oder auch der Studierenden eine Entscheidung eine Qualität erfahren hat, die sie vielleicht sonst nicht erfahren hätte, wäre sie nach heutigen

Gesichtspunkten getroffen worden? #01:47:19-2#

B: Schwer, da spontan ein Beispiel zu finden. Das habe ich mir noch nie im Detail überlegt. Nach meiner Erinnerung hat es mal bei den Sozialwissenschaftlern eine Gruppe gegeben, die über die Bremer Drittelparität geforscht hat, vielleicht können Sie da was finden. Es ist sicher so, dass die Berufungspolitik etwas transparenter war und dass man auch länger Leute berief, die auf Seiten der Unterprivilegierten standen. Der Dienstleistungssektor war allerdings stark beeinflusst durch die senatorische Behörde – aber auch das nicht durchgehend. Mit denen konnte man immer noch irgendwie reden. Und deshalb würde ich glauben, dass wir erst etwas später stromlinienförmig geworden sind. Aber die Drittelparität ist ja vom Bundesverfassungsgericht gekippt worden und // I: Die gab es in Bremen nur bis 1976. // B: Ja. Und dann war die Situation schon eine andere geworden. Ich meine, lange Zeit hat man die Zusammensetzung der Gremien gelassen wie sie war, aber die Professoren hatten mehr Stimmen. Dann kam ein neues Hochschulgesetz und auch die Gremien wurden angepasst. #01:49:07-0#

I: Mit Blick auf das Frageschema: Sie haben ja zu ‚Bremen‘ einiges gesagt, eigentlich auch zur ‚Zeitgeschichte‘. Bei ‚Familie‘ würde ich da gerne nochmal wissen: Da kam ja Ihre Frau später nochmal und hat hier promoviert. Hatte das zufällig (lacht) etwas mit Ihnen zu tun, dass das in Bremen geschah? //

B: Sie ist, sagen wir ‚mal, politisch ähnlich gestrickt wie ich. Sie hatte einen Versuch gemacht, in Berlin bei Prof. Wengler zu promovieren. Das war ein bekannter Völkerrechtler. Dieses Vorhaben ist aus politischen Gründen völlig gescheitert. Weil Wengler sinngemäß sagte: "So jemanden aus der linken SPD zu promovieren, das mache ich nicht!" Daraufhin habe ich gewissermaßen Bremer Asyl angeboten. Meine Frau hat über die Frage des Bildungsurlaubs eine Doktorarbeit geschrieben, die von Wahsner und Stuby betreut wurde. Ich hielt mich aus dem Verfahren natürlich völlig raus und verließ auch den Raum, als der Promotionsausschuss seine Entscheidungen traf.

Später, als meine Frau Ministerin war, kam mal der FOCUS auf die Idee, der Frage nachzugehen, ob sie überhaupt eine ernsthafte Dissertation geschrieben habe. Ihre Arbeit war nicht veröffentlicht worden. Die Uni hatte mitgeteilt, sie würde selbst die Veröffentlichung bei einem (eher unbekanntem) Verlag bewerkstelligen, und auf diese Zusage hatten wir uns verlassen. Sie ist aber nicht

eingelöst worden. Meine Frau hatte sich aber auch nicht selbst bemüht, das Werk wo anders zu veröffentlichen. Denn sie war der Auffassung: „Das ist nicht so wichtig und muss nicht sein“; sie hatte ja auch immer viel um die Ohren. Deshalb konnte also der FOCUS die Doktorarbeit nicht finden und schöpfte Verdacht: „Das ist eine Gefälligkeitspromotion.“ Es kam ein Journalist namens Kistenfeger hierher und hat im Fachbereich nach der Arbeit gefragt. Dort war sie verfügbar, und er konnte die fast 400 Seiten in Augenschein nehmen. Auch die Protokolle der Sitzungen des Promotionsausschusses konnte er einsehen, wo ich ja jeweils nicht mitgewirkt hatte. Also eigentlich eine ganz klare Sache. Trotzdem hat er einen kleinen Artikel geschrieben, wo aber nicht viel drinstand; es hätte ihm natürlich mehr Freude bereitet, von einer 50-Seiten-Arbeit und der Mitwirkung des Ehemanns am Prüfungsverfahren zu berichten. Das war im Jahre 2001 gewissermaßen eine Art von erstem Schritt in einer Kampagne, bei der man sich (mit Recht) gezielt die Dissertationen von Politikern anschaut. Und bei einer amtierenden Justizministerin wäre ein „Fund“ für den Journalisten natürlich eine feine Sache gewesen.

Familie: Wir haben zwei Kinder, '72 und '74 geboren. Sie waren bis '77 bei meinen Schwiegereltern, die ein großes Haus in Tübingen bewohnten. Da wir beide ganz ordentlich verdienten, haben wir eine Kindererzieherin als Ganztagskraft angestellt, die meine Schwiegermutter unterstützte. 1977 sind wir nach Dußlingen gezogen. Das ist ein kleinerer Ort, sieben bis acht Kilometer von Tübingen entfernt, in Richtung Hechingen/Hohenzollern. Schön gelegen. Da haben wir mit Kredit ein Haus gekauft, und die Kinder kamen samt Betreuerin zu uns. Das hatte natürlich zur Folge, dass man mehr zu Hause sein musste als zuvor. Doch wir hatten weiter familiäre Unterstützung: Meine Schwiegermutter war des Öfteren da, und im „Dorf“ wohnten mein Schwager und meine Schwägerin, die zwei Kinder in vergleichbarem Alter hatten.  
#01:54:00-8#

I: Sie waren wahrscheinlich in der vorlesungsfreien Zeit viel da unten. // B: Ja, ja, war ich typischerweise nur dort. Das ist klar. #01:54:12-5#

I: Haben Sie zu Ihrer Schaffenszeit noch etwas, was Sie gerne erzählen möchten? Man könnte natürlich, auch das ist mir vorhin durchgerutscht, über die Angelegenheit ‚Horst Holzer‘ sprechen. Da haben Sie ja '72, da waren Sie gerade hier eigentlich auch aufgerufen sich mit ihm zu solidarisieren. Das waren dann die Stichwörter Radikalenerlass, Berufsverbote. Vielleicht da nochmal



eine Erinnerung? #01:54:40-3#

B: Okay, ja. Können wir gerne machen. Es gab ja, unglücklicherweise durch Willy Brandt präsentiert, im Januar '72 diese Beschlüsse, dass man keine „Radikalen“ im Öffentlichen Dienst haben wollte. Das richtete sich insbesondere gegen die Sympathisanten der DDR, war aber keineswegs darauf beschränkt. Auch der KBW, der die DDR total ablehnte und sich nach dem maoistischen China orientierte, war betroffen. Daneben viele andere: unorthodoxe Linke, sogar einzelne Sozialdemokraten sind erfasst worden. Ganz selten hat man auch mal einen Rechten von der NPD diskriminiert. Wir haben das alles als groben Eingriff in die Freiheit empfunden, und natürlich auch als den Versuch, die Wissenschaft im Dienste der Unterprivilegierten möglichst klein zu halten. Das war Konsens, und es stimmte ja auch. Deshalb auch diese Solidarisierung mit Horst Holzer. Der hatte halt keinen Kluncker, der ein Telefongespräch mit Koschnick führte, und keinen Schwiegervater, der aktiv geworden wäre.

Deshalb habe ich natürlich unterschrieben, das war doch klar! (lacht) Die Parallele liegt ja irgendwie auf der Hand. Ich habe sehr viel zum Berufsverbot veröffentlicht, was mittlerweile auch im Volltext auf meiner Homepage steht. Das ist ein Bereich, wo ich gerne noch etwas weiterarbeiten würde.

Dann wollte ich Ihnen noch etwas erzählen über meinen ganz unsichtbaren Versuch, zu einer besseren Juristenausbildung zu kommen. Im bisherigen Modell lernt man das, was ein künftiger Bundesrichter gut gebrauchen kann: Man muss viele Entscheidungen des Bundesgerichtshofs und anderer Oberster Bundesgerichte kennen und man muss wissen, wie die Gerichte vorgehen und was ihre Argumente sind. Man muss auch in der Lage sein, eigene Interpretationen zu entwickeln, wenn das Gesetz lückenhaft oder überholt ist. Und man muss auch höchst komplizierte Fragen erfassen, sich durch das Dickicht durchfinden und eine plausible Entscheidung treffen. Und man muss recht diszipliniert arbeiten, weil man sonst bei den Kollegen in Verschiss gerät oder nicht mehr so ganz ernst genommen wird. Nun sind die obersten Bundesrichter eine Personengruppe von vielleicht drei- oder vierhundert Personen, doch was macht der Rest der rund 100.000 Juristen, die insbesondere als Anwälte, in der Verwaltung oder in der Wirtschaft tätig sind? Die haben nur ganz ausnahmsweise solche komplizierten Fälle zu lösen, wie man sie aus den Klausuren kennt und im Examen abprüft. Dort kommt es offensichtlich auf andere Qualitäten an; man muss sich z.

B. als Anwalt gut in den Mandanten hineinversetzen können oder in Verhandlungen geschickt agieren. Das lernt man auf der Uni nicht.

Wenn Betriebsrat und Geschäftsleitung im Bereich der Mitbestimmung nicht einig werden, entscheidet eine sog. Einigungsstelle. Sie hat eine gleiche Zahl von Beisitzern beider Seiten und einen neutralen Vorsitzenden. Dann wird verhandelt und notfalls kommt eine Mehrheitsentscheidung zustande. Damit habe ich in der Praxis viele Erfahrungen gesammelt, zum Teil als Beisitzer des Betriebsrats, später fast nur noch als Vorsitzender. Mein Leben war ja kein rein universitäres. Bei solchen Verhandlungen kann man sich dumm oder weniger dumm verhalten. Auf den juristischen Sachverstand kommt es nur ganz selten an; ich musste da eine Menge lernen. Dann habe ich das Buch eines Amerikaners namens Cialdini entdeckt, Sozialpsychologe italienischer Herkunft. Er hat u. a. das Verhalten von Menschen in Verhandlungen und anderen Situationen untersucht, und ich habe seine Erkenntnisse mit meinen Erfahrungen abgeglichen. Das Buch bringt viel empirisch erhärtete Beispiele: Wenn ich zum Beispiel bei der roten Ampel einen Mann hinstelle, der Anzug und Krawatte trägt, so folgen ihm im Durchschnitt fünf Personen, wenn er bei „rot“ über die Straße geht. Bei einem einfach gekleideten Menschen folgt im Durchschnitt nur eine Person.

Dieses und viele andere Beispiele haben mich animiert, das Führen von Verhandlungen als Lehrveranstaltung anzubieten – ich glaube, das ist nicht mal aufs Deputat angerechnet worden. Die Veranstaltung hieß „Verhandeln und Gestalten“ und lief so: In den ersten vier Wochen habe ich erzählt, was ich bei Cialdini und anderen gelesen und auch selbst erlebt hatte. Dann kam die praktische Erprobungsphase. Kleine Gruppen von zwei bis drei Personen erhielten schriftlich ein Papier, das die Ausgangssituation schilderte und das, was man in Verhandlungen vielleicht erreichen konnte. Im einfachsten Fall ging es um den Verkauf bzw. Kauf eines Gebrauchtwagens; zwei übernahmen die Rolle des Verkäufers, zwei die des Käufers. Im nächsten Schritt ließ ich sie aufeinander los, und sie hatten vier oder fünf Wochen Zeit, um sich über einen Vertrag zu einigen. Dies funktionierte nun nicht nur bei dem einfachen Thema „Kauf eines Gebrauchtwagens“, sondern auch bei anspruchsvolleren Geschichten. Ein Beispiel war etwa eine auf Dauer angelegte nichteheliche Lebensgemeinschaft, wo Vermögensprobleme insbesondere dann auftauchen, wenn die Beziehung auseinander geht. Kann man einfach die Regelungen für

Ehegatten hierher übertragen? Was macht man, wo das nicht geht? Was geschieht, wenn eine Person immer den Haushalt geführt und kaum etwas verdient hat? Oder es sollte ein Verein gegründet werden, zum Beispiel eine deutsch-vietnamesische Freundschaftsgesellschaft, wo es eine Gruppe gibt, der es um Investitionen in Vietnam geht, und um eine andere, die einfach Freundschaft will, und eine dritte, die über den Vietnamkrieg forschen will. Ich hatte zehn bis zwölf Fälle dieser Art parat. Die Studenten haben mit Begeisterung einige Wochen verhandelt. Dann kam die dritte Phase, wo über die Ergebnisse berichtet wurde und eine „Evaluation“ der Verhandlungen erfolgte, die meist recht positiv ausfiel.

Das habe ich viele Semester hindurch praktiziert, und es kam dann auch das Buch mit dem Titel „Verhandeln und Gestalten“ zustande, das heute noch im Buchhandel erhältlich ist. Dabei ging es mir nicht allein um den Erwerb von Qualifikationen, die man in der Praxis dringend braucht. Vielmehr wird bei dieser Art Veranstaltung deutlich, dass es Interessen im Recht gibt, dass es nicht um eine vom lieben Gott oder vom BGH vorgegebene Ordnung geht. Man kann in Verhandlungen das Recht für bestimmte Interessen verwenden. Diese sind nicht immer so simpel und überschaubar wie beim Gebrauchtwagen-Kauf; vielmehr kann es um sehr viel komplexere und schwierigere Interessenlagen gehen. Überall müssen Sie Kompromisse schließen, wenn Sie zu einem Ergebnis kommen wollen, und entscheiden, welches Ihre wesentlichen und welches Ihre weniger wesentlichen Interessen sind. Auch das ist eine Eigenschaft, die man als Anwalt braucht. Und man erkennt wieder: Das Recht ist ein Instrument, das bestimmten Interessen dient. Das ist für mich ein unheimlich wichtiges Erkenntnisziel. In dem Buch ist als erstes eine deutliche Kritik der traditionellen, zweiphasigen Juristenausbildung enthalten. Also die aktuelle Däubler-Kritik. Ich lasse Ihnen das Buch da, wenn Sie wollen. // I: Ja, gern! //B: Ja, und anschließend schildere ich die einzelnen Felder.

Es kam dazu, dass in der Zeit, als ich das Buch geschrieben habe, meine Frau Justizministerin war. Die Grundzüge der Juristenausbildung sind im Deutschen Richtergesetz geregelt. Und das Deutsche Richtergesetz bedurfte einer Novellierung, wie vieles andere, weil es eine große Justizreform gab. In dieser Novellierung ist dann durch Zufall auch eine Bestimmung über „Verhandeln und Gestalten“ als obligatorisches Fach hineingekommen, nicht mit genau dieser, aber einer gleichwertigen Formulierung. Das Buch habe ich beim Beck-Verlag herausgebracht, dem Marktführer, dessen

Inhaber gute Verbindungen gerade auch in den konservativen Rechtsbereich hinein hat. Der Beck-Verlag hat dann das Justizprüfungsamt in Bayern davon überzeugt, die „Vertragsgestaltung“ zum Gegenstand einer Examensklausur zu machen. Das war ein ganz wichtiger Schritt, weil die Jurastudenten nur das lernen, was geprüft wird. Deshalb war es eine prima Idee, die natürlich aus Absatzinteressen geboren war, weil sich das Buch dann besonders gut verkauft hätte. Das Prüfungsamt hat dann einen Regensburger Professor beauftragt, eine entsprechende Fallstellung zu entwerfen. Der hat dann eine so ungeeignete Konstellation vorgeschlagen, weil das alles nicht seine Denke war oder weil er den Braten gerochen hat. Das Prüfungsamt hat dann verständlicherweise den Vorschlag als ungeeignet abgelehnt. Da auch andere bayerische Professoren sagten: "Ach, das geht doch nicht, das können wir nicht machen." hat das Prüfungsamt die Idee wieder fallen lassen. Zudem kamen noch zwei eher gehässige Rezensionen auf den Markt, die es zusätzlich schwer machten, diesen Weg weiter zu gehen.

Übrigens habe ich auch mal in der einphasigen Juristenausbildung versucht, die Vertragsgestaltung zu einer Form der Leistungskontrolle zu machen, bin damit aber nicht durchgedrungen. Die Kollegen wollten das nicht, obligatorisch sollte es auf keinen Fall sein, als fakultative Leistungskontrolle war es hinnehmbar. Dies hängt ein wenig damit zusammen, dass bei vielen das Berufsleben völlig auf die Universität beschränkt ist und so nur wenige Kenntnisse bestehen, wie man z. B. einen Gesellschaftsvertrag oder einen Erbvertrag schließt. Das war in Bremen nicht anders als in Bayern. Es fehlt die notwendige praktische Erfahrung. Nun steht es zwar im Deutschen Richterrecht, aber es hat im Studium kaum Bedeutung: Man bietet einmal eine Veranstaltung z. B. durch einen Lehrbeauftragten an, und das war's dann. Der Elfenbeinturm ist mal wieder erfolgreich gerettet worden.

Ich habe es in den Jahren nach 2000 auch hier in Bremen versucht, aber verantwortlich für diese Dinge war beim Prüfungsamt der Kollege Derleder. Und der meinte: "Wir können uns solche Sachen nicht leisten in Bremen. Das kommt nicht in Betracht." Derleder hat, was die Prüfungsaufgaben angeht, eine höchst konservative Linie verfolgt. So sehr ich ihn persönlich und politisch geschätzt habe, hat er genau den gleichen BGH-Scheiß, den man im praktischen Leben nie braucht, den Leuten als Klausuren vorgesetzt. 2002 ist er aus dem Justizprüfungsamt ausgeschieden, weil seine Wahlperiode

abgelaufen war. Kurz darauf hat er in der NJW einen Aufsatz geschrieben, wie beschissen doch diese Fallstellungen in den Justizprüfungsämtern seien. Das sollte man lesen, weil es die Schizophrenie des Wissenschaftlers deutlich macht. Wenn dies (und andere Vorschläge) wirklich nicht durchsetzbar gewesen sein sollten, warum hat er dann die Funktion des Vizepräsidenten des Justizprüfungsamts weiter ausgeübt? Ich habe mich ziemlich empört, und das hat natürlich meine Distanz zu bestimmten Kollegen und deren Denk- und Verhaltensweise noch um einiges vergrößert. Gut, also hier in Bremen war's nicht machbar und in Bayern wäre es beinahe gelungen. Es wäre doch schön gewesen, ich hätte so eine Idee über Bayern eingespeist. Wenn's dort geklappt hätte, hätten es die anderen auch gemacht; selbst Derleder hätte dann nichts mehr dagegen gehabt.  
#02:08:37-2#

I: Gut, wollen wir nochmal ganz kurz eine Bilanz ziehen. Sie haben das ja teilweise schon gemacht. Ihr Leben war also kein universitäres. Das ist ja praktisch schon eine Bilanz. Aber vielleicht nochmal ein bisschen mehr auch auf Bremen bezogen. Die Akzente, die Sie jetzt gesetzt haben, sind ja eigentlich auch schon so ein bisschen deutlich geworden. Oder mögen Sie nochmal etwas zu diesen letzten drei Fragebereichen sagen? #02:09:00-4#

B: Also „Universität insgesamt“, „persönliche Bilanz“, „Abschluss“? //I: Genau. Abschluss ist ja das, was Sie der Universität zum 50ten wünschen. //B: Ah ja. Gut. Zum 50ten Geburtstag. Also ich bin auf der einen Seite der Universität dankbar, dass ich einstens diese Stelle bekommen habe und viele Jahre hindurch forschen, lehren und auch in anderen Bereichen aktiv sein konnte. Denn es gibt praktisch keinen anderen Beruf, wo Sie so frei bestimmen können, wo Sie sich einbringen und was Sie machen. Ich habe das von Anfang an auch so verstanden: Das ist gewissermaßen eine Basis, eine Grundabsicherung, für die ich natürlich arbeiten muss, was ich aber gerne mache. Wenn ich das erledigt habe und das kann in 20 Wochenstunden sein - dann kann ich machen, was ich will. Ich kann mir Gedanken über ein neues Arbeits- oder Umweltrecht machen, ich kann gesellschaftsrechtlichen oder völkerrechtlichen Fragen nachgehen oder was auch immer mir wichtig erscheint. Also ich bin dankbar, diese Chance gehabt zu haben, und sehe mit Besorgnis, wie die Ausbreitung der quasi-obligatorischen Drittmittelforschung diese Freiheit heute weitgehend kaputt macht. Im Prinzip haben in unserer Gesellschaft solche Möglichkeiten nur sehr reiche Leute, die von ihrem Geld leben können. Wenn Sie stattdessen

einen Acht- bis Zehnstudentag als angestellter Anwalt haben, dann ist die Fantasie, sich Neues auszudenken, notwendigerweise eine sehr beschränkte. Es wäre schwierig gewesen, woanders eine vergleichbare Stelle zu finden.

Die, sagen wir 'mal, negativen Seiten des Arbeitens mit den Kollegen habe ich zur Genüge geschildert. Um ein vollständiges Bild zu bekommen, sollten Sie mit weiteren Kollegen reden. Dabei ist zu beachten, dass es immer eine informelle Hierarchie gab; manche haben Einfluss auf die internen Entscheidungen, und andere haben keinen. Allerdings werden Sie, wenn Sie die „Oberen“ fragen, vermutlich eine eher schöne Darstellung der Vergangenheit bekommen, für die sie schließlich faktisch verantwortlich waren. Aber im Interesse des Gesamtbilds sollten auch diese Stimmen zu Wort kommen.

Wer auch noch wichtig war und wen ich sehr viel positiver einschätze als manche andere, war Norbert Reich, der vor ein paar Jahren gestorben ist. Das war ein sehr kluger Mensch, lange Zeit Direktor im ZERP. Er kam in Schwierigkeiten, weil es dort mal eine Unterschlagung gab: Ein sehr netter Mensch aus der Verwaltung hatte 500.000 DM mit Buchhaltungstricks auf die Seite gebracht und niemand hat's gemerkt. Auch das gehört zur Geschichte. Also Reich war durchaus wichtig. Er hat sich über sowjetisches Zivilrecht habilitiert, auch damals nicht gerade ein sehr populäres Thema. Wegen dieser Arbeit hat Reich ein Jahr in Moskau studiert und war mal ein Anhänger des sowjetischen Systems. Aber er ist trotzdem berufen worden, weil er eben auch zum deutschen und zum EG-Recht gute Sachen geschrieben hatte und man anders als in der unmittelbaren Gründungsphase nicht mehr hysterisch auf jedes „Verdachtsmoment“ reagierte. Er hat sich dann sehr nachhaltig von dem sowjetischen Modell distanziert und hat es durch eine große Liebe zur EU ersetzt. Irgendwie hatte man bei ihm immer das Gefühl: "Alles, was von der EU kommt, ist gut". Und es hat ihn nicht gestört, dass das alles sehr prokapitalistisch war. In seiner späten Zeit war er in Lettland als Rektor einer Wirtschaftsuniversität, die von Skandinaviern aufgebaut wurde. Die Schweden haben gemeint: "Wir können eigentlich auch 'mal einen Deutschen holen." Und da kam dann Reich hin und hat das sicherlich gut gemacht. Allerdings hat er dann die lettische Regierung in dem Sinne beraten, dass Streikrecht und Tarifautonomie zurücktreten müssen, sobald es zu einer Kollision mit den Grundfreiheiten wie der Dienstleistungs- oder der Niederlassungsfreiheit kommt. Weil der Europäische Gerichtshof dem zum Teil gefolgt ist, entstand eine

erhebliche Gefahr für die Schutznormen im deutschen Arbeitsrecht, die sich aber in der weiteren Entwicklung nicht verwirklicht hat. Auch das entspricht nicht so recht dem Bremer Image der siebziger Jahre. Vom Sowjetfreund zum Neoliberalen. Aber er war zu Recht ein anerkannter Wissenschaftler, das sollte niemand bestreiten. Und persönlich war er sehr viel angenehmer als viele andere.

Ein weiterer Zivilrechtler, Christian Joerges. // I: ZERP. // B: Ja. ZERP und viel in Florenz am Europäischen Hochschulinstitut. Ein Mensch, dem man eine gewisse Oberschicht-Attitüde nachsagte, die er Zeit seines Lebens, beibehalten hat. Man kommt gut mit ihm aus, und er gehörte zeitweise zu denjenigen, die den Bremer Laden mitdirigiert haben. Also wie gesagt, dankbar dafür, dass ich hier die Freiheit des Hochschullehrers in Anspruch nehmen konnte.

Persönliche Bilanz: Durchwachsen. Klar. Es hat viele Studenten gegeben und Doktoranden, die ich betreut habe und wo ich mich über deren Entwicklung sehr freuen konnte. Viele Arbeitsrechtler in den Gewerkschaften haben entweder hier studiert oder eine Doktorarbeit geschrieben. Wir haben im Arbeitsrecht die Durchdringung von Praxisfeldern durchaus bewältigt. Auch gibt es heute, anders als vor 40 Jahren, in jeder größeren Stadt mindestens ein bis zwei Kanzleien, die ausschließlich Arbeitnehmer vertreten. Das ist ein sichtbarer Fortschritt, weil es früher so etwas nicht gab. Relativ viele von ihnen haben Verbindungen nach Bremen, als ehemalige Studenten oder Doktoranden. Das ist so eine Art Netzwerk von linken Anwälten, die es quer über die Republik gibt.

Ich weiß nicht, ob Sie mal was von der Leiharbeits-Kampagne gehört haben? Wahrscheinlich nicht. // I: Jetzt direkt unter dem Begriff nicht, nein. //B: Nee, also es gibt da, wenn Sie mal googeln, das Stichwort „Däubler-Kampagne“, Folgendes: Sie kennen die Sendung 'Die Anstalt'? // I: Ja. //B: Ja. Und „Die Anstalt“ hat 'mal etwas über die Leiharbeit gebracht. Sehr gut recherchiert und in didaktisch und humoristisch hervorragender Weise aufbereitet. Gerade hatte Ministerin Nahles 2017 ein Gesetz zur Reform der Leiharbeit im Parlament durchgebracht, das mit Fug und Recht in Grund und Boden verdammt wurde, weil es die Probleme eher noch schlimmer machte. Die Redakteure haben eine Geschichte ausgegraben, an die ich mich selbst nicht mehr erinnert hatte, die in einem ein paar Jahre alten Interview stand. Ich hatte den Standpunkt vertreten, dass die Tarifverträge für Leiharbeiter nicht nur unsozial sind,

sondern auch gegen die EU-Richtlinie zur Leiharbeit verstoßen. „Die Anstalt“ kam nun auf die Idee, Leiharbeiter zu Klagen aufzufordern, damit sie ihr Recht beim Europäischen Gerichtshof bekommen. Das ist dann in dieser Sendung in der Weise gemacht worden, dass sich Direktor Zwetschge (der aussah wie Daimler-Boss Zetsche) mit einem Frager unterhielt und jede Kritik zurückwies. Aber der Frager hatte einen „Geheimtipp“, und zwar ein extra für mich eingerichtete E-Mail-Anschrift [professordaeubler@labournet.de](mailto:professordaeubler@labournet.de). Da sollte man hinschreiben, wenn man gleiche Bezahlung wie Stammkräfte wolle. Daraufhin habe ich ungefähr 600 Zusendungen an diese Adresse gekriegt. Wenn man dann abends an den Computer geht: "Wieder 40 Mails gekommen", ist das nicht unbedingt vergnügungssteuerpflichtig, aber es geht ja vorüber.

Was interessant war an den Zusendungen: ungefähr die Hälfte schrieb: "Viele Grüße aus der Ausbeutergesellschaft", "Wir sind der letzte Dreck". Also im Grunde sehr viel Bewusstsein, traditionelles Subproletariats-Bewusstsein. "Wir sind ausgegrenzt, abgekoppelt. Wir bedeuten gar nichts". Und "Scheiß Gesellschaft" oder "Das ist nicht unsere Gesellschaft". Andere kommen ganz sachlich daher, und mit allen müssen Sie sich auseinandersetzen. Das Ziel war, möglichst viele Klagen zu erheben. Auf der einen Seite war der Protest gewaltig. Aber wenn's dann darum ging, konkrete Schritte zu unternehmen, dann kam die Angst, ganz gewaltige Angst. Deshalb haben wir die Linie verfolgt zu sagen: "Wir suchen uns Kläger nur bei Leuten, die ausgeschieden sind." Die keine Angst mehr haben müssen. Oder ausnahmsweise solche, die meinen: "Ist mir egal" Einer hat mir mal gesagt: "Ach, mein Job ist so beschissen, ich verdiene kaum mehr als Hartz IV. Ob ich jetzt direkt Hartz IV kriege oder weiterarbeite - da ist Hartz IV eigentlich besser". Das ist auch ein guter Kläger. Klar.

Nun habe ich das Netz von Anwälten aktiviert und Freunde angerufen: "Seid ihr bereit, Leiharbeiter zu vertreten"? In der Regel waren sie bereit. Nur einer hat gesagt, er mache nicht mit wegen seiner guten Beziehungen zur IG-Metall, weil es ja gegen die Tarifverträge ging, die der DGB unter maßgeblicher Mitwirkung der IG Metall abgeschlossen hatte. Aber sonst hat es immer geklappt.

Dennoch war es schwierig, die Leiharbeiter zu einem Besuch beim Anwalt oder auch nur zu einer Mail oder einem Anruf zu veranlassen. Ich habe mir zum Glück mal aufgeschrieben, wen ich alles hier in Bremen ins Büro



Dette-Nacken-Ögüt geschickt hatte. Und wen ich in Stuttgart zu Wohlfarth, wen in Mannheim zu Growe und wen ich in München zu Helm geschickt hatte. Ich habe dann nach einiger Zeit in den Anwaltsbüros angerufen und gefragt: "Wer ist denn gekommen"? So ungefähr die Hälfte war tatsächlich erschienen. Die waren aber auch nicht besonders mutig. Dann habe ich die anderen, die nicht gekommen waren, per Mail angeschrieben: "Warum sind Sie denn nicht zum Anwalt gegangen? Sie haben es mir doch versprochen!" Antwort: "Ja, das ist schwierig" und "Keine Zeit" und "Ja, ich weiß nicht". Später hatte ich einen Fall, der war wirklich grotesk. Ein Informatiker hatte als Leiharbeiter gearbeitet und sich über den Entleiher, aber auch seinen Verleiher geärgert. Er hatte sich nach was anderem umgesehen und zum 1. Januar 2018 einen guten Job als ganz normaler Arbeitnehmer bei einem anderen Arbeitgeber gefunden. Ich habe ihm gesagt: "Sie sind ein idealer Kläger. Sie können, wenn Sie Equal Pay verlangen, nachträglich einen Tausender mehr pro Monat kriegen." „Ja, prima, machen wir.“ Dann geschah nichts und ich rief nach einiger Zeit an. "Also wissen Sie, ich verstehe Sie ja, aber es könnte ja sein, mein jetziger Arbeitgeber kommt 'mal in Schwierigkeiten und dann bin ich vielleicht an dem Verleiher wieder froh". Und deshalb hat er nicht geklagt. Über so viel Risikobewusstsein ist man baff.

Vor kurzem hatten wir ein Verfahren beim Arbeitsgericht Kaiserslautern. Es klagte ein Leiharbeiter, der zur FAU gehörte. Die werden Sie vermutlich nicht kennen. Das ist die Freie Arbeiterinnen- und Arbeiterunion. Das ist eine ganz kleine // I: So eine anarchistische // B: Genau. Eine anarcho-syndikalistische Gruppe. Er hat geklagt und hatte auch einen Anwalt, der zur selben Organisation gehörte, ein feiner Kerl. Dann hat der Richter, als erster Richter in allen Verfahren, eine Vorlage an den Europäischen Gerichtshof gemacht. Dabei würde wahrscheinlich die Differenzierung zwischen Leiharbeitern und Stammarbeitnehmern beim Lohn und bei den Arbeitsbedingungen fallen. Der EuGH würde wahrscheinlich in unserem Sinne entscheiden. Wissen Sie was nach drei Tagen passiert ist? Der verklagte Verleiher hat alles bezahlt. Damit war das Verfahren erledigt und auch der Vorlagebeschluss gegenstandslos, weil der Kläger ja alles bekommen hatte. Andere könnten an sich sagen: "Das probieren wir in gleicher Weise", aber das passiert nicht, weil Leiharbeiter in aller Regel nicht organisiert sind und – wie beschrieben – noch mehr Angst als andere haben. Drei Verfahren waren beim Bundesarbeitsgericht anhängig, das bei jeder rechtlichen Unklarheit vorlegen muss. Dies ist in einem Fall auch

geschehen und wir warten jetzt auf das Ergebnis. So wenige Verfahren am Ende bei so großem Aufwand? Auch das ist Praxiserfahrung. Und es macht doch Spaß!  
#02:26:25-5#

I: (Lacht) Das hört man 'raus, kann ich teilen. Also die Universität wird im nächsten Jahr 50. Die Vorbereitungen laufen. Was wünschen Sie der Universität für ihre Zukunft? #02:26:36-3#

B: Dass sie ihre Vergangenheit wieder ein bisschen besser erkennt. Und eine ganze Menge an Ideen, die damals entwickelt wurden, wieder aufgreift. Ich will's mal zugespitzt formulieren: Zu unserer Zeit stand im Geiste eine kleine rote Fahne in der Ecke von jedem Lehrveranstaltungsraum. Und heute steht in der Ecke von jedem Hörsaal ein kleiner Geldsack. Und beides ist vielleicht für eine Bildungseinrichtung nicht gut. Also bitte nicht nur die rote Fahne. Aber auch nicht nur den Geldsack. Das würde ich mir und der Uni wünschen.  
#02:27:30-9#

I: Das ist ein wunderschönes Schlusswort.